



Aktion Sühnezeichen
Friedensdienste

zeichen

Nr. 1 | Frühjahr 2026

Demokratien
unter
Druck

Inhaltsverzeichnis

3 Editorial

THEMA

4 »Entscheidend ist, eigene Politik zu machen, die anders ist.«
Interview mit Paula Diehl

8 Demokratie stärken, Demokratie leben
Philipp Rhein und Matthias Möhring-Hesse

10 »Aus dem Osten lernen ...«
Heike Radvan

16 Kirchen und Zivilgesellschaft im Visier
Henning Flad

18 Der Rechtsruck und die Kirchen
Philipp Ackermann und Josef Könnig

20 Die grenzüberschreitende Vernetzung der radikalen Rechten
Thomas Greven

FREIWILLIGE UND PARTNER*INNEN BERICHTEN

26 Im Auge des Betrachters
Siarhei Paulavitski

28 »Dieser Angriff richtet sich gegen alle. Und alle werden im Widerstand gebraucht.«
Gespräch mit der Interreligious Task Force on Central America (IRTF)

30 Antidemokratische Allianzen
Maja Sojref

36 Die Demokratie nach dem Terror
Interview mit Oda Okkenhaug

38 Ein Leben zwischen Stacheldraht
Sophie Wozniak

40 Der Aufstieg der extremen Rechten und die Pluralität der Jugend in Frankreich
Ludovic Fresse

ANDACHT

44 Auf-merken unter Druck
Karoline Ritter

GUTES TUN

46 Die Stiftungen Bethel und Stephanus unterstützen Freiwillige in ihrem sozialem Engagement
Matteo Schürenberg

47 Termine

BILD- UND QUELLENHINWEISE

Titelbild und Bildserie WHILE I WAS WAITING:

Die Fotografin Julia Autz (geb. 1988) ist während ihres Studiums für insgesamt sechs Monate in das Land gereist um Belarus*innen im Alter von 15 bis 29 Jahren zu begleiten. Sie stellte ihnen die Frage, was sie von der Zukunft erwarten. Ihre Bilder sind zwischen 2017 und 2019 entstanden, vor der Präsidentschaftswahl im Jahr 2020 und den darauf folgenden Protesten.

Die portraitierten Personen werden bewusst nicht namentlich vorgestellt. Die Zitate stammen aus dieser Reise, werden zum Schutz der Personen aber nicht einzelnen Bildern zugeordnet.

Julia Autz lebt in Berlin. In mehreren Projekten dokumentierte sie über längere Zeit Menschen in repressiven Regimen. Ihr Arbeiten wurden international ausgestellt, veröffentlicht und mehrfach ausgezeichnet. www.juliaautz.com

Titel, S. 6/7, 14/15, 24/25, 34/35, 42/43: Julia Autz
S. 3 ASF/Nicole Krüger
S. 29, 33, 37, 39, 41: privat
S. 46: ASF/Ewa Wielgat
S. 45, Rückseite: ASF/Bram Petraeus



Kofinanziert von der Europäischen Union

Gefördert von der Europäischen Union. Die geäußerten Ansichten der Autor*innen spiegeln nicht notwendigerweise die der Europäischen Union oder der Bewilligungsbehörde (EACEA) wider. Weder die Europäische Union noch die Bewilligungsbehörde können dafür verantwortlich gemacht werden.

IMPRESSUM

Ausgabe: Nr. 1, Frühjahr 2026, 54. Jahrgang

Auflage: 7.400 Exemplare

ISSN: 2749-5639

Herausgeberin: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V., Auguststraße 80, 10117 Berlin

Redaktion: Jutta Weduwen (verantw.), Matteo Schürenberg
Lektorat: Marina Schröder-Heidtmann

Telefon: +49 30 28395-184 | Fax: +49 30 28395-135

E-Mail: presse@asf-ev.de | Internet: www.asf-ev.de

[f](https://www.facebook.com/asf.de) asf.de | [@](https://www.instagram.com/asf_ev) asf_ev | [in](https://www.linkedin.com/company/asf-ev) asf-ev | [v](https://www.youtube.com/channel/UC...) AktionSuehnezeichen

Gestaltung: ultramarinrot, Berlin

Druck: Druckhaus Dülmen

Unterstützen Sie unser Engagement für Erinnerung und Frieden!

ASF-Spendenkonto

(bitte beachten: geänderte Kontoverbindung seit 2023)

SozialBank

DE72 3702 0500 0003 1137 00

BIC/SWIFT: BFSWDE33XXX

Kontoinhaber: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V.

www.asf-ev.de/spenden

Editorial

Liebe Leser*innen,

die Nachrichten können entmutigen: Weltweit etablieren sich autoritäre Regime, gewinnen rechtsextreme Parteien in Umfragen und Wahlen, trotz offensichtlicher Parteiquerelen und Korruption. Die aktuellen Kriege und Krisen bedrohen nach innen den gesellschaftlichen Zusammenhalt und nach außen eine internationale Ordnung, die zwar noch nie wirklich friedlich und fair war, nun aber durch ein neues Maß an Gewaltbereitschaft und imperialer Anmaßung bestimmt wird. Obwohl alles danach ruft, dass internationale Institutionen und das Völkerrecht für einen Ausgleich und die Lösung globaler Probleme sorgen müssten, sind sie geschwächerter denn je.

Demokratien stehen auf allen Ebenen unter Druck. Das wirkt sich ganz konkret auf die einzelnen Menschen aus, wovon die eindrucksvollen Bilder von Julia Autz zeugen: Sie begegnete mit ihrer Kamera jungen Menschen in Belarus, die trotz der immensen Repression im Land Freiräume und Gleichgesinnte für eine andere Zukunft suchen.

Allerdings gibt es überall auch Hoffnungszeichen: Der Wahlausgang in Ungarn, Rathäuser, die nicht an die AfD gehen und die Rückbesinnung auf den Wert internationaler Zusammenarbeit, ob zwischen Staaten oder Zivilgesellschaften. ASF befindet sich mit den internationalen Freiwilligendienste inmitten dieser Entwicklungen: Gerade jetzt ist es wichtig, dass sich junge Menschen über Grenzen hinweg für Erinnerung, Solidarität und Frieden einsetzen. Doch Kriege wie in der Ukraine und im Nahen Osten und Regime wie in Belarus und Russland machen dieses Engagement aktuell vielerorts unmöglich.

In vielen Ländern gerät die Zivilgesellschaft unter Druck, das zeigen in diesem *Zeichen* die Berichte unserer Freiwilligen und Partner*innen aus Belarus, den USA, Frankreich, Israel, Griechenland oder Norwegen. Dabei vernetzen sich rechtsautoritäre Akteure weltweit, wie Maja Sojref und Thomas Greven in ihren Beiträgen analysieren. Den Kirchen und kirchlichen Themen kommt dabei eine Schlüsselstellung zu, wie Henning Flad und Philipp Ackermann/Josef Könning in ihren Beiträgen schreiben. Zugleich ist unsere Demokratie genau dann stark, wenn demokratische Parteien und die Zivilgesellschaft auf ihre je eigenen Stärken setzen, wie Paula Diehl im Interview erklärt und Philipp Rhein/Matthias Mohring-Hesse schreiben.

ASF leistet seit jeher einen wichtigen zivilgesellschaftlichen Beitrag zum Schutz vor Rechtsextremismus. Unsere Freiwilligen entwickeln ein Gespür für Menschenrechte, Solidarität und Demokratie, ihre Resilienz gegenüber Hetze und Ungerechtigkeit wird bei ASF gestärkt. Durch unsere Bildungsprogramme der *Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus* sowie des Arbeitsbereichs *Geschichte(n) in der Migrationsgesellschaft* leisten wir über die Freiwilligenarbeit hinaus einen wichtigen Beitrag zur Sensibilisierung für jede Form der Menschenfeindlichkeit. Die Weiterarbeit dieser beiden Programme ist nun gefährdet. Die Förderung durch das Bundesprogramm »Demokratie leben!« läuft – wie bei den weiteren 200 geförderten Projekten – zum Jahresende aus, wir hatten entsprechend der mehrjährigen Förderperiode mit einer längeren Unterstützung gerechnet. Ob eine Weiterförderung bewilligt werden wird, ist ungewiss.

Bitte unterstützen Sie gerade in der aktuellen Situation unsere wichtige Arbeit für eine wehrhafte und lebendige Demokratie!

Ich wünsche eine gute Lektüre und grüße Sie und Euch herzlich!

Jutta Weduwen, *Geschäftsführerin*



»Entscheidend ist, eine eigene Politik zu machen, die anders ist.«

Politikwissenschaftlerin **Paula Diehl** im Interview über politische Repräsentation, Krisen und die Normalisierung rechtspopulistischer Positionen in Deutschland

ASF-zeichen: Sie verbinden ihre Forschung zu Populismus und Extremismus in der politischen Kommunikation über das Konzept politischer Repräsentation, was bedeutet das?

Politische Repräsentation bedeutet, dass Personen oder Institutionen andere »präsent machen«, also für sie stehen und sprechen. Das geschieht etwa, wenn wir jemanden ins Parlament wählen, der für uns entscheidet und unseren Willen kennt. Es geht dabei aber auch um symbolische Darstellung: Wenn wir wählen, dann nicht nur jemanden, der sachlich entscheidet, sondern auch jemanden, der eine Institution oder eine Gemeinschaft überzeugend darstellt.

Aktuell sprechen ja viele von einer Repräsentationskrise, gerade im Kontext des Rechtsrucks. Teilen Sie diese Diagnose?

Unbedingt. Nur: Demokratie und Repräsentation sind grundsätzlich anfällig für Krisen – aber das ist zunächst nicht negativ. Krise bedeutet auch ein Moment der Entscheidung oder der notwendigen Veränderung. Es gibt eine intrinsische Krise der Repräsentation, die zur repräsentativen Demokratie gehört: Gewählte sind nie identisch mit den Wählenden. Sie treffen Entscheidungen, die wir vielleicht nicht vollständig teilen. Das erzeugt zwangsläufig Unzufriedenheit – in gewisser Weise »kriselt« es immer ein bisschen.

Diese dauerhafte Spannung wird problematisch, wenn ...

...äußere Faktoren die Kluft verstärken – etwa ungelöste wirtschaftliche oder sicherheitspolitische Krisen oder tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen. Ein Beispiel ist die Krise der Parteien seit den späten 1980er-Jahren: Früher waren Parteien stark in soziale Milieus eingebettet, mit engen Kontakten zwischen Wähler*innen, Parteimitgliedern und Mandatsträger*innen. Heute ist diese Verbindung schwächer, Gesellschaften sind fragmentierter, viele engagieren sich punktuell, wollen aber nicht dauerhaft Parteimitglied sein.

... und populistische Bewegungen?

...stoßen in diese Lücke – links wie rechts. Sie behaupten, die etablierten Parteien repräsentierten das Volk nicht mehr. Doch der Rechtspopulismus verbindet diese Kritik mit einem demokratiegefährdenden Versprechen: ein homogenes Volk, in dem Gleichheit nur für bestimmten Gruppen gilt und andere ausgeschlossen werden. Kritik an Eliten oder Krisen sind in der Demokratie übrigens geläufig und können sogar gut sein – sie regen Beteiligung und Diskussionen an. Problematisch wird es erst, wenn diese Kritik antidemokratisch wird...

Inwiefern ist die Repräsentationskrise in Ost- und Westdeutschland unterschiedlich ausgeprägt?

Mit der Wiedervereinigung entstanden insbesondere im Osten Ungleichgewichte und vielfach gebrochene Biografien. Erfahrungen von Abwertung, Kontrollverlust und fehlender politischer Wirksamkeit führten zu verstärkten Lücken in der Repräsentation.

Lassen sich dadurch auch die höheren Zustimmungswerte in Ostdeutschland für extrem rechte Parteien erklären?

Ein Teil der ostdeutschen Wahlergebnisse lässt sich so erklären. Es gibt jedoch noch eine weitere Erklärung. Europa- und weltweit reagieren andere Parteien, sobald Rechtspopulist*innen stark werden, ambivalent: zum einen durch Abgrenzung, zum anderen durch Nachahmung, etwa in der Übernahme von bestimmten programmatischen Punkten, vor allem bei der Migrationsthematik. Dahinter steht die Hoffnung, die Wahlen nicht zu verlieren. Dies führt zu einer Normalisierung rechtspopulistischer Positionen. Dinge, die vor fünf oder zehn Jahren kaum sagbar waren, sind heute offen diskutierbar. Das ist kein rein ostdeutsches, sondern ein internationales Phänomen.

Wie zeigt sich diese Verschiebung der Normalität konkret?

Solche Beispiele sehen wir fast wöchentlich im öffentlichen Diskurs, etwa die Aussage zum »Stadtbild«. Sie ist typisch rechtspopulistisch: Sie suggeriert, dass Migrant*innen unser Stadtbild verändern könnten, ohne es offen zu sagen. Der Mechanismus dahinter nennt sich »kalkulierte Ambivalenz«: Aussagen haben eine doppelte Referenz. Eine ist demokratisch anschlussfähig – bleibt formal im Rahmen der Ordnung und vermeidet offene Diskriminierung. Die andere ist rechtspopulistisch und wird von bestimmten Gruppen genau so auch verstanden. So entstehen bewusst doppeldeutige Botschaften: zum einen klingt es nach Sorge um die Ordnung in den Kommunen, zum anderen wird eine ausgrenzende Botschaft erkennbar. Dies ist ein Symptom der Normalisierung.

Welche Folgen hat das auf die etablierten Parteien?

Besonders konservative Parteien stehen unter Druck. Rechtspopulist*innen behaupten oft: »Wir sind die wahren Konservativen« und werfen etablierten Parteien vor, nicht konservativ genug zu sein. Dadurch verschiebt sich der Maßstab dessen, was als konservativ gilt. Einige Parteien haben versucht, sich rhetorisch und programmatisch anzupassen, merken aber, dass sie dadurch ihr Profil verlieren. Deshalb diskutieren

konservative Parteien heute, wie sie den Konservatismus eigenständig zurückgewinnen können – als demokratische Position, nicht als Nachahmung von Rechtspopulismus oder Rechtsradikalismus.

Wie kann eine Wiedergewinnung des Konservativismus aussehen?

Das fängt damit an, klare Grenzen zu ziehen – also zu zeigen: Das geht nicht, das ist im demokratischen Rahmen nicht sagbar oder machbar. Die Aussage einer »Brandmauer« ist wirkungslos, wenn man inhaltlich den Rechtspopulismus in milder Form nachahmt. Sie ist zwar wichtig, weil sie formal Grenzen markiert, also keine Zusammenarbeit in den Parlamenten etwa. Aber das sagt noch nichts darüber aus, welche Inhalte man vertritt. Einfach zu sagen »wir arbeiten nicht mit rechtspopulistischen Parteien zusammen«, reicht nicht. Entscheidend ist, eine eigene Politik zu machen, die anders ist.

Was können wir jetzt tun, um die Demokratie zu bewahren?

Wir müssen auf die zunehmende Fragmentierung der Gesellschaft reagieren. Menschen leben in unterschiedlichen Milieus und Kommunikationsräumen, die Parteien schwer erreichen können. Die Fünf-Sterne-Bewegung in Italien zeigte, dass digitale Beteiligung funktionieren kann, wenn sie in Präsenzzwischenräumen umgesetzt wird, aber sie reicht nicht aus. Denn

auch dieser Ansatz hat seine Grenzen. Hinzu kommt die wachsende Distanz zwischen Regierenden und Regierten, die Begegnungsräume und neue Mitbestimmungsinstrumente erfordert. Parteien müssen offener, flexibler und innerparteilich demokratischer werden.

Inwieweit kann dabei mehr Vielfalt in der politischen Repräsentation helfen?

In einer pluralen Gesellschaft braucht es beides: die sichtbare Repräsentation von Diversität – aber auch ein gemeinsames Dach, einen verbindenden Rahmen. Demokratie lebt davon, dass unterschiedliche Gruppen sich nicht nur als einzelne Identitäten verstehen, sondern als Teil eines Ganzen. Erst daraus kann Solidarität entstehen. Vielfalt ohne gemeinsamen Zusammenhang führt nicht automatisch zu demokratischem Zusammenhalt – beides ist notwendig.

Prof. Dr. Paula Diehl ist Politikwissenschaftlerin und forscht an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel zu Populismus, politischer Kommunikation, politischen Symbolen und Inszenierungen sowie zu Demokratietheorie, Extremismus und vergleichender Politikwissenschaft.

Interview: **Annika Pohl** ist Referentin bei der *Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus* (in Trägerschaft von ASF).



Belarus 2017–2019 (Julia Autz)

Wie ist es, in einem autoritären System aufzuwachsen? Welche Ängste, Träume und Hoffnungen haben junge Menschen in Belarus? Die Fotografin Julia Autz reiste über zwei Jahre durchs Land – kurz vor den Präsidentschaftswahlen 2020 und der brutal unterdrückten Protestwelle im Land. Ihre Bilder zeigen junge Menschen in den wenigen privaten Freiräumen und im öffentlichen Raum, wo staatlicher, aber auch gesellschaftlicher Druck herrscht.



While I was waiting

*Diese Situation, die letzte Diktatur in Europa zu sein: einfach schlimm. Selbst wenn du eine tolle Arbeit und tolle Freund*innen hast und es all diese schönen Orte in Minsk gibt – ja, es gibt sie! – im Großen kannst du nicht verdrängen, wie schlecht es steht. Ich fürchte, das ändert sich nicht in 20 Jahren!*

Liza



Belarus

Demokratie stärken, Demokratie leben

Zur Herausforderung einer resilienten Demokratiepolitik in der Zivilgesellschaft

Philipp Rhein und Matthias Möhring-Hesse

Demokratie hat einen schweren Stand – auch in Ländern, die viel auf ihre eigene Demokratie geben. In Deutschland zeigt sich eine Krise der Demokratie unter anderem darin, dass die Unzufriedenheit mit ihrer »Performance« zunimmt, obgleich die Idee von Demokratie weiterhin unterstützt wird. Der Rechtspopulismus¹, der mittlerweile auf allen politischen Ebenen und in den Parlamenten vertreten ist, hat diese Frustration institutionalisiert.

»Demokratie-Performance« ist niemals nur eine Sache von Regierungen oder Parteien. Demokratie ist eine hochanspruchsvolle Herrschafts- und Gesellschaftsform – und bleibt immer auf eine aktive Zivilgesellschaft und die politische Handlungsmächtigkeit ihrer Bürger*innen angewiesen. Darauf zielt »Demokratiepolitik« ab; sie intendiert, das »Demokratisch-Werden der Demokratie« dauerhaft zu sichern.² Inzwischen tritt Demokratiepolitik weniger als gesellschaftliches Korrektiv gegenüber der von Parteien dominierten »großen Politik« auf. Inzwischen dient sie vor allem der Abwehr: gegen die Entmächtigung demokratischer Verfahren, gegen Angriffe auf demokratische Institutionen und deren völkische Umdeutung.

Mit dieser Intention werden politische Bildung und zivilgesellschaftliches Engagement zunehmend auch staatsseitig in die Pflicht genommen und inzwischen auch erheblich gefördert. Staatliche Demokratieförderung ist allerdings keine neue Erfindung: Spätestens seit den 1990er-Jahren, nach einer Reihe von rechtsterroristischen Anschlägen und demokratiefeindlichen Gewalttaten wurden Sonderprogramme politischer Bildung und Extremismusprävention aufgesetzt. Staatsseitig war damit der Wunsch verbunden, eine demokratische Bürgerschaft herauszubilden und eine Zivilgesellschaft zu fördern, die das politische System stützt. 2015 wurde das bisher komplexeste und in seiner Größenordnung europaweit einzigartige Demokratieförderprogramm »Demokratie leben!« eingerichtet. Allein für dieses Programm sind die Mittel bis heute fast um das dreieinhalbfache gewachsen.

Doch diese »demokratiepolitischen« Hebel greifen oft nicht wie erhofft – bisweilen verschärfen sie sogar jene Spannungen, die sie eigentlich bearbeiten sollen. Einerseits wachsen die Erwartungen: Immer mehr von dem, was uns gemeinsam betrifft, soll »von unten« politisch beraten und entschieden werden – insbesondere die großen Probleme unserer Zeit wie Klima, Gerechtigkeit oder die Zukunft der Arbeit, die etwa in Bürgerräten lebensnah und konstruktiv »gelöst« werden sollen. Andererseits erleben Bürger*innen zunehmend, dass genau dies nicht erfüllt wird. Entscheidungen fallen andernorts, häufig »oben« – in internationalen Gremien oder mächtigen Konzernen – und werden anschließend als »alternativlos« präsentiert. Dieses »demokratische Paradoxon«³ wachsender Erwartungen bei zugleich wachsender Enttäuschung führt demokratische Gesellschaften in »postdemokratische« Konstellationen – in der just Demokratiepolitik kontraproduktiv wirken kann, weil sie beide Seiten des Paradoxons zugleich befeuert.

Vor diesem Hintergrund wird sichtbar, dass die extreme Rechte die Zivilgesellschaft nach einem ähnlichen Muster adressiert: Sie propagiert die Idee einer »wahren« Demokratie, mobilisiert zugleich die Frustration über deren vermeintliche Verhinderung und schürt Misstrauen gegen alle demokratisch – und betreibt so den »Niedergang« der real existierenden Demokratie. Aus den Milieus einer extrem rechten Spielform von »Zivilgesellschaft« heraus geht dies auch aggressiv gegen Akteur*innen zivilgesellschaftlicher Demokratiepolitik. Rechtspopulist*innen sitzen inzwischen auf allen Ebenen in den Parlamenten und greifen die demokratiepolitischen Initiativen auch über ihre parlamentarischen Kontrollrechte an und bringen die Engagierten in diesen Initiativen in Misskredit.

Dilemmata einer auf Zivilgesellschaft setzenden Demokratiepolitik

Die staatliche Demokratieförderung ist aus einer spezifisch bundesdeutschen Entwicklung hervorgegangen, Demokratie mittels Präventionsprogrammen vor ihren »extremistischen«

Gegner*innen zu schützen. Dies führte zu einer prekären Engführung von Demokratieförderung als Extremismusprävention – und diese erweist sich gegenüber der erstarkten extremen Rechten nicht nur als erschöpft, sondern mitunter als kontraproduktiv. Zudem gerät die zivilgesellschaftliche Demokratiepoltik unter das Misstrauen des sie fördernden Staates. Die aktuellen Auseinandersetzungen um das Bundesprogramm »Demokratie leben!« stehen in einer längeren Traditionslinie politischer Konflikte um staatliche Demokratieförderung. Bereits die 2011 eingeführte sogenannte Extremismusklausel – eine verpflichtende Demokratieerklärung für Träger staatlich geförderter Demokratie- und Präventionsprogramme – markierte einen grundlegenden staatlichen Verdacht gegenüber der geförderten Zivilgesellschaft. Auch nach ihrer formalen Abschaffung 2014 blieb diese politische Logik wirksam. So tauchen in den Debatten um ein Demokratiefördergesetz erneut Forderungen nach verschärften Bekenntnis- und Kontrollmechanismen auf. Mit der umfangreichen Kleinen Anfrage der Unionsfraktion im Frühjahr 2025 zur politischen Neutralität staatlich geförderter NGOs wurde dies nochmals zugespitzt: Nicht mehr nur eine mögliche – zumeist »linksextremistisch« suggerierte – Nähe, sondern bereits die politische Artikulation zivilgesellschaftlicher Akteur*innen gerät hier unter Verdacht. Jüngst wurde zudem bekannt, dass das Bundesfamilienministerium neue Förder-Nebenbestimmungen im Geiste der Extremismusklausel wieder auferlegt.⁴

In der zivilgesellschaftlichen Demokratiepoltik spielen die christlichen Kirchen und kirchliche Organisationen eine zentrale Rolle. Ihr gesellschaftspolitisches Engagement wird jedoch zunehmend von Christdemokrat*innen in Frage gestellt und diskreditiert – etwa wenn Bundestagspräsidentin Julia Klöckner betont, Kirchen seien »keine NGOs« und sollten Seelsorge statt Demokratiepoltik betreiben. Auch der bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU) mahnte die Kirchen mit dem Hinweis: »Nicht vergessen, wer am Ende noch an der Seite der Institution Kirche steht. Das sind nämlich wir. Nicht, dass irgendwann man ganz plötzlich alleine steht.«⁵

Darin zeigt sich ein spezifisches Verständnis der organisierten Zivilgesellschaft in der »großen Politik«: Sie soll demokratische Kultur stabilisieren und gesellschaftliche Akzeptanz für die »große Politik« sichern, dabei jedoch politische Positionierungen vermeiden, »neutral« bleiben und den institutionellen Betrieb nicht weiter irritieren. Diese Haltung wird keineswegs in allen Parteien geteilt, gewinnt jedoch zunehmend an Zustimmung.

Daraus ergeben sich Perspektiven für eine künftige Demokratiepoltik: Erstens bleibt organisierte Zivilgesellschaft eine tragende Säule demokratischer Resilienz – nicht nur als Dienstleisterin staatlicher Programme, sondern als eigenständige politische Akteurin. Zweitens verengt sich Demokratiearbeit, wenn sie primär als Extremismusabwehr konzipiert wird; sie muss demokratische Praxis, Konfliktfähigkeit und normative Auseinandersetzung stärken, nicht nur deren Gegner bekämpfen. Drittens steht zivilgesellschaftliche Demokratiepoltik nicht allein unter Druck von rechts, sondern gerät auch aus (christlich-)konservativer Mitte unter Neutralitätsverdacht. In dieser doppelten Konstellation braucht sie mehr als finanzielle Förderung: institutionelle Absicherung, öffentliche Legitimation und strategische Vernetzung. Demokratiepoltik ist damit nicht nur eine Frage von Programmtiteln und Haushaltsmitteln, sondern des politischen Selbstverständnisses einer demokratischen Gesellschaft – ob sie ihrer Zivilgesellschaft zutraut, politisch zu sein.

Dr. Philipp Rhein ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Magdeburg. **Prof. Dr. Matthias Möhring-Hesse** hat den Lehrstuhl für Theologische Ethik/Sozialethik an der Universität Tübingen inne.

- 1 Für die hier verhandelte Ambivalenz staatlicher und zivilgesellschaftlicher Demokratiepoltik ist weniger die verfassungsrechtliche Einstufung einzelner Akteur*innen als »rechtsextrem« entscheidend als die demokratietheoretische Problematik einer antipluralistischen Politik im demokratischen Gewand, die wir als »rechtspopulistisch« bezeichnen.
- 2 Friedrichs, Werner, & Lange, Dirk (2016). Zugänge zu einer zukünftigen Demokratiepoltik. In Werner Friedrichs & Dirk Lange (Hrsg.), *Demokratiepoltik: Vermessungen – Anwendungen – Probleme – Perspektiven* (S. 3–7). Wiesbaden: Springer VS, S. 4.
- 3 Blühdorn, Ingolfur (2024). Unhaltbarkeit. Auf dem Weg in eine andere Moderne (S. 308–326). Berlin: Suhrkamp.
- 4 Pichl, Maximilian (2026, 23. Februar). Extreme Klauseln: Warum die neuen Extremismusklauseln Demokratieprojekte gefährden und der AfD in die Hände spielen. *Verfassungsblog – On Matters Constitutional*. <https://verfassungsblog.de/extreme-klauseln/> [Abruf 10.04.2026].
- 5 dpa (2025, 8. Februar). Söder legt Kirchen mehr politische Zurückhaltung nahe, in: *Süddeutsche Zeitung online*, verfügbar unter: www.sueddeutsche.de/bayern/csu-parteitag-soeder-legt-kirchen-mehr-politische-zurueckhaltung-nahe-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-250208-930-369048 [Abruf 10.04.2026].

»Aus dem Osten lernen ...«

Rechtsextremismus und das Verteidigen demokratischer Alltagskultur

Heike Radvan

Wir leben in Zeiten rechtsautoritärer und extrem rechter Mobilisierung und Diskursverschiebung. Diese Entwicklungen und besonders ihre Folgen für Betroffene extrem rechter Gewalt sind regional sehr verschieden ausgeprägt. Neben Unterschieden im Nord-Süd-Vergleich und zwischen urbanen und ländlichen Räumen sind extrem rechte Erscheinungsformen auch zwischen Ost- und Westdeutschland stark unterschiedlich ausgeprägt. Dennoch sollten wir hinterfragen, was verkürzt und ausgeblendet bleibt, wenn allzu leicht in ein stereotypes Reden über »den Braunen Osten« verfallen wird. Worin genau besteht eine Spezifik des Rechtsextremismus in Ostdeutschland und was sollten wir daraus gesamtgesellschaftlich lernen? Denn bundesweit sehen wir Dominanzbestrebungen (extrem) rechter Akteure. Wie sollten wir über regionale Unterschiede und ihre Vorgeschichte sprechen, um letztlich überall gezielte und wirksame Antworten auf den Rechtsextremismus zu finden? Der Artikel analysiert mögliche Spezifika, nimmt historische Perspektiven ein und plädiert für eine proaktive Haltung im Sinne einer wehrhaften Demokratie.

Ostdeutsche Spezifik oder gesamtdeutsches Problem?

Dass die Herausforderungen im Umgang mit Rechtsextremismus im Osten unseres Landes spezifisch sind, lässt sich anhand sehr verschiedener Bereiche herausarbeiten. Das zeigen bereits die jüngsten Wahlergebnisse bzw. die -vorhersagen für die im Herbst anstehenden Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg Vorpommern, bei denen für die AfD aktuell Werte von 39 Prozent bzw. 37 Prozent erhoben werden. Eine Koalitionsbildung unter demokratischen Parteien wird hier vermutlich schwierig. Demgegenüber erhält die AfD zwar auch in den westdeutschen Ländern immer stärkere Ergebnisse, aber immer noch auf deutlich niedrigerem Niveau. Eine Koalitionsbildung im demokratischen Spektrum mit recht stabiler Mehrheit scheint hier weniger problematisch. Grundsätzlich zeigt sich: Die AfD erreicht in den vergangenen Jahren eine erhöhte Wählerzustimmung in allen Landesteilen, dabei aber (zumindest derzeit noch) deutlich früher und stärker in Ostdeutschland. Die Forschung verweist zudem auf eine anhaltende Radikalisierung der Partei. Auch die Einschätzung der Landesämter für Verfassungsschutz zeigen einen Ost-West-Unterschied. So gelten die AfD-Landesverbände in vier ostdeutschen

Bundesländern zum Teil seit mehreren Jahren als »gesichert rechtsextrem«, (Thüringen 2021), Sachsen (2023), Sachsen-Anhalt (2023) und Brandenburg (2025), während dies in Westdeutschland »nur« Niedersachsen betrifft und diese Einstufung erst im Jahr 2026 erfolgte.

Auch wenn ich hier für eine gewisse Spezifik des Rechtsextremismus in Ostdeutschland plädiere, bedeutet dies nicht, dass Westdeutschland ohne das Problem »auskommt«. Dies wäre vor dem Hintergrund der postnationalsozialistischen Geschichte beider Landesteile auch kaum zu erklären. Im Gegenteil: Sowohl in der Geschichte von BRD als auch in der DDR hat es Formen von Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus gegeben, ebenso in der Transformationszeit nach 1989. Die unterschiedlichen Ausprägungen dieses Rechtsextremismus gilt es jedoch genauer zu untersuchen, nicht zuletzt um angemessene Antworten für die Prävention und Intervention zu entwickeln. Doch was verbindet sich mit einem im öffentlichen Diskurs immer wieder aufkommenden stereotypen Reden über »den Braunen Osten«? Seit wann und warum kommt es dazu?

Das Reden über »den Braunen Osten«

Bereits seit den frühen 1990er-Jahren wird eine mögliche Spezifik extrem rechter Erscheinungsformen in den Bundesländern auf dem Gebiet der ehemaligen DDR sowie deren Ursachen diskutiert. Anlass waren eine extrem rechte Mobilisierung von alltäglichen Übergriffen bis hin zu Pogromen und ein deutlicher Anstieg von Todesopfern rechter Gewalt nach 1989 bundesweit – öffentlich wahrgenommen wurden hingegen oft nur deren Spitzen wie die Pogrome von Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen.¹

Stimmen, die bereits in den 1990er-Jahren im öffentlichen Diskurs und durch Politikberatung auf diese spezifische Problematik und die Situation der Betroffenen in den sogenannten »neuen Bundesländern« hingewiesen haben, finden seinerzeit oft nur wenig Gehör und Unterstützung. Über rechte Gewalt wird – und das betrifft West- wie Ostdeutschland gleichermaßen – meist nur anlassbezogen, nicht jedoch kontinuierlich oder vertiefend berichtet. Der Verweis auf eine Spezifik in Ostdeutschland wird entweder stereotypisierend skandalisiert, als unzutreffende Übertreibung zurückgewiesen oder es

herrscht schlichtweg Desinteresse. Dies ändert sich erst, als die rot-grüne Bundesregierung 2001 mit dem Teilprogramm »CIVITAS – initiativ gegen Rechtsextremismus« in den neuen Bundesländern den Fokus weg von einer täterzentrierten Arbeit hin zur Förderung demokratischer Projekte in der Zivilgesellschaft legt. Das Programm geht damals bewusst auf die spezifischen Bedingungen in Ostdeutschland als Rahmen der Arbeit ein.

Bis in die 2000er-Jahre hinein überwiegen jedoch in den Debatten stereotypisierende Zuschreibungen wie der »braune Osten« und »Dunkeldeutschland«. Dabei werden die Probleme vereinsseitig auf »den Osten« projiziert – und darüber »der Westen« als demokratischer und »weiterentwickelt« entlastet. Eine Kritik an dieser externalisierenden Zuschreibung eines »Braunen Ostens« (Kathleen Heft 2018) beginnt in den frühen 2010er-Jahren und wird seit spätestens 2019 öffentlich breiter hörbar. Bereits 2012 verweist der Soziologe Stephan Lessenich auf eine Mitverantwortung »der westdeutschen politischen, wirtschaftlichen und medialen Eliten« (Lessenich 2012, S. 111) für den Wiedervereinigungsprozess. Er fragt auch nach den Strukturbedingungen und Auswirkungen des Transformationsprozesses, was damals aber kaum eine Rolle spielt. Mit dem »Konzept Ossifizierung« analysiert die Kulturwissenschaftlerin Kathleen Heft dann genauer, wie und wer in öffentlichen Diskursen über »den Osten« adressiert wird: Welche gesellschaftlichen Gruppen werden sichtbar und erfahren dabei Auf- oder Abwertungen? Sie forscht neben dem Stereotyp des »Braunen Ostens« (Heft 2018) über die mediale Darstellung der »ostdeutschen Kindsmörderin« (Heft 2020). Diese Vorfälle gibt es zwar quantitativ vergleichbar oft bzw. selten wie in Westdeutschland, jedoch wird über die Fälle im Osten prominent berichtet, wobei der Kindsmord als typisch und spezifisch für den Osten Deutschlands und als Folge der DDR verstanden wird. Heft plädiert für Differenzierungen, mit denen die Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Ost-West-Vergleich und darüber hinaus eingeordnet werden und deren Entstehung über die Dekaden nachvollziehbar wird.

Auch Rechtsextremismusforscher Matthias Quent (2016) und der Soziologe Raj Kollmorgen (2022) fordern einen differenzierteren Blick auf die Transformationszeit sowie auf die Entwicklung rechtsextremer Tendenzen in allen Landesteilen bis hin zu einer integrierten Analyse unserer gesamtdeutschen Gegenwart. Wenn auch in der Darstellung unterschiedlich ausführlich, verweisen alle drei Autor*innen auf Entwicklungen des Rechtsextremismus und -terrorismus in Westdeutschland nach 1945 ebenso wie nach 1989. Sie widerlegen somit das Bild eines »demokratischeren Westens«, in dem es kein signifikantes Problem mit Rechtsextremismus gäbe. Ebenso übereinstimmend beschreiben sie, dass es in der DDR bereits ab den 1970er-Jahren extrem rechte Gruppierungen gab, die sich in den 1980er-Jahren zunehmend ideologisierten und rassis-

tische und antisemitische Gewalt ausübten. Sie widersprechen damit der These vom Rechtsextremismus in Ostdeutschland als einer Art »Westimport«, wie es in politischen wie privaten Debatten immer wieder behauptet wird. Vielmehr sei es notwendig, sowohl die extrem rechten Entwicklungen in der DDR als auch die Transformationszeit nach 1989 mit ihren diversen Einflüssen ohne falsche Einseitigkeiten vertiefend zu untersuchen.

Doch wie können wir über diese regionalen Spezifika des Rechtsextremismus sprechen, ohne in ein stereotypes Reden zu verfallen, das entweder auf eine westdeutsche Entschuldung oder aber eine Abwehr spezifischer Probleme in Ostdeutschland hinausläuft? Was braucht es, um die politische Rechtsentwicklung in ihrer aktuellen Dynamik wie auch in ihren historischen Vorläufern im ganzen Land zu sehen und zu verstehen?

Ich plädiere hier für eine Berücksichtigung mehrerer Ebenen:

1. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungsmuster

Die Zustimmung zu autoritären und rechtsextremen Einstellungen verläuft im West-Ost-Vergleich nach 1989 sehr unterschiedlich. Während Erhebungen in den frühen 1990er-Jahren deutlich höhere Zustimmungswerte in Westdeutschland ergaben, gleichen sich die Daten im Langzeitverlauf an. Zum Syndrom Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gibt es dank der Forschungsgruppe von Wilhelm Heitmeyer seit den 2000er-Jahren gute Vergleichsdaten, in denen sich auch für spezifische Formen – etwa antisemitische oder queergefeindliche Einstellungen – genaue Entwicklungen im Ost-West-Vergleich nachzeichnen lassen. Seit mehreren Jahren steigt die Zustimmung zu rechtsextremen Einstellungen in Ostdeutschland, vor allem bei Alltagsrassismus, Geschichtsrevisionismus, Chauvinismus und demokratieablehnenden Aussagen.²

2. Wahlverhalten

Im zeitlichen Verlauf zeigen sich im Wahlverhalten eindeutige Unterschiede im Ost-West-Vergleich. So erreichte die NPD in den 2000er-Jahren in etlichen ostdeutschen Kommunen zweistellige Ergebnisse, in einigen Städten und Kreisen sogar über 20 Prozent Stimmenanteil. Auch für die AfD lässt sich bei Wahlen auf allen Ebenen eine deutlich höhere Zustimmung im Osten verzeichnen. Zu beobachten ist allerdings eine nachholende Entwicklung in Westdeutschland; die Zustimmungswerte steigen deutlich – wenn auch von einem geringeren Niveau aus.

3. Extrem rechte Gewalt aus Perspektive der Betroffenen

In Ostdeutschland besteht eine besonders hohe Gewaltbereitschaft rechtsextremer Akteure – beginnend schon zu DDR-Zeiten. Der Sozialwissenschaftler Daniel Kubiak (2022, S. 115) konstatiert »dass seit 1990 in den neuen Bundesländern (92) und Berlin (18) nahezu genauso viele rechte Morde zu verzeichnen waren wie in den alten Bundesländern, obwohl letztere fast fünfmal so viele Einwohner*innen haben«. Rechte Gewalt ist »ganz offensichtlich eine relevante und relativ höhere Bedrohung für Menschen in ostdeutschen Dörfern und Städten« (Kubiak 2022, S. 115). Stella Leder (2021) zeigt jedoch in ihrem Buch zu ihrer jüdischen Familiengeschichte, dass auch in bestimmten, zumeist ländlich geprägten Regionen Westdeutschlands in den 1990er-Jahren politisch linke, migrantifizierte und/oder jüdische Jugendliche ganz ähnliche Gewalterfahrungen machen mussten, die an Schilderungen von Betroffenen der »Baseballschlägerjahre« im ostdeutschen Alltag der Wendejahre erinnern (Bangel 2020). Sie schildert, wie sie gemeinsam mit einer Freundin in der hessischen Provinz von Neonazis gehetzt wurde – auch in diesem Dorfmilieu finden sie damals weder Schutz noch Gehör.

Die Auswirkungen von alltäglicher Diskriminierung, extrem rechten Dominanzbestrebungen bis hin zu Gewalt äußern sich dabei für verschiedene Betrofengruppen im Gemeinwesen vergleichbar, aber auch unterschiedlich. So berichten queere, rassismuserfahrene und linke aktivistische Interviewte aus Brandenburg, dass bei Angriffen im öffentlichen Raum Solidarität von Umstehenden häufig ausbleibe: »Diskriminierung ist Alltag«. Spezifisch Rassismuserfahrene berichten davon, dass sie zum Beispiel an Bushaltestellen ohne Ankündigung, ohne erkennbaren Anlass beschimpft, aber auch körperlich angegriffen werden, wobei es für diese Taten keine Zeug*innen gibt.³ Selbst wenn Täter*innen hier nicht gezielt und strategisch vorgehen, wirken ihre Taten in der Gesamtheit als rechte Dominanzbestrebungen, nicht zuletzt über Straßengewalt. Interviewte berichten, dass ihnen derartige Erlebnisse von Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft kaum geglaubt werden, sodass sie diese Erfahrungen außerhalb der eigenen Community oft verschweigen.⁴

In der Forschung und im öffentlichen Diskurs müssen wir entsprechend offen und genau auf die konkrete Situation der Betroffenen und Täterzusammenhänge blicken, um die Folgen richtig zu erfassen.

4. Professionalisierung, Diversität und Vernetzung demokratischer Zivilgesellschaft

Wie resilient unsere demokratische Alltagskultur ist, welche Gegenwehr gegen extrem rechte Bestrebungen möglich ist, macht sich nicht zuletzt daran fest, wie demokratisch, divers, professionell und gut vernetzt eine Zivilgesellschaft aufgestellt ist. Im Rückblick hätten bereits in den 1990er-Jahren de-

mokratische Strukturen in Ostdeutschland stark gefördert werden müssen. Mittlerweile liegt erste Forschung zu basisdemokratischen Gruppen und antifaschistischer Selbstorganisation in den 1980er-Jahren der DDR vor: Es gab durchaus sehr engagierte Gegenwehr. Gleichwohl hatten es diese Akteure in der DDR ungleich schwerer, unter anderem aufgrund von staatlichem Misstrauen gegenüber unabhängigen (sich antifaschistisch verstehenden) Eigeninitiativen und Konsequenzen in Reaktion auf öffentlich geäußerte Kritik.

Die Forschung zu Rechtsextremismus konzentriert sich auf die rechten Einstellungen und Akteure – was zweifelsohne notwendig ist –, darüber dürfen jedoch nicht die demokratischen Gegenbewegungen und die Situation der von rechter Gewalt Betroffenen übersehen werden. Häufig unbeachtet bleiben demokratisch und antifaschistisch Engagierte, die sich mit sehr viel Mut und Risikobereitschaft – deutlich mehr als im Westen nötig, – gegen Neonazis und für Demokratie engagier(t)en. Zahlreiche Graswurzelprojekte gibt es seit 1990. An manchen – oft kaum bekannten – Orten stellen sie sich seit 30 Jahren gegen rechte Kameradschaften und Parteien, argumentieren mit einer Bevölkerung und politisch Verantwortlichen, die keinen »Ärger« und damit keine Aufmerksamkeit für rechtsextreme Probleme vor der eigenen Haustür wünschen, die vielleicht auch eigene Ressentiments nicht hinterfragen wollen – demokratisch Engagierte werden da schnell als »Nestbeschmutzer*innen« stigmatisiert. Hier gilt es also immer auch das Selbstverständnis und Handeln von Lokalpolitik und Verwaltung mit zu untersuchen. Die Auswirkungen einer marginalisierten, desempowerten demokratischen Zivilgesellschaft zeigen sich besonders in Regionen, die von extrem rechten Dominanzbestrebungen betroffen sind.

5. Extrem rechte Mobilisierung

Rechten Gruppierungen gelingt es in unterschiedlichen Regionen sehr verschieden, Menschen für ihre Ideologie und zu Protesten zu mobilisieren. In ländlichen, aber auch urbanen Regionen Ostdeutschlands können extrem rechte Akteure weit in die Gesellschaft hinein für ihre asylfeindlichen Proteste (2015 und 2017) oder in der Pandemiezeit (2019 bis 2021) sowie anlässlich des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine 2022 bis 2023 mobilisieren. Gleichwohl gab es auch in Baden-Württemberg stark angenommene Proteste gegen die Pandemiemaßnahmen und auch die »Gida-Gruppierungen« fanden 2015 bis 2017 bundesweit Zulauf, ebenso wie das rassistische Stereotyp vom »übergriffigen Fremden« etwa in Kandel und Köln stark mobilisiert werden konnte.

6. Historisches Gewordensein dominanter Alltagskulturen

Wir müssen zudem lokalhistorisch rekonstruieren, wie sich vor Ort rechtsextreme Raumnahme ganz konkret entwickelt(e). Raj Kollmorgen (2022, S. 34) unternimmt dafür den Versuch,

mehrere Jahrhunderte ostdeutscher Mentalitätsaufschichtung zu untersuchen. Er formuliert die These, dass es sich »in Ostdeutschland um eine gegenüber den westlichen Ländern eigentümliche radikale Rechte handelt, die sich langfristig formiert hat, nicht zuletzt im Zuge der Transformations- und Vereinigungsprozesse seit 1989/90«. Kollmorgen benennt fünf Phasen, in denen sich seit 1990 Mentalitäts- und politische Kulturmuster aufschichteten, aus denen sich die aktuell hohe Zustimmung zu rechtspopulistischen Politiken speise.⁵

In jedem Falle bleibt zu berücksichtigen, dass sowohl die DDR als auch die BRD postnationalsozialistische Staaten waren und – neben Gemeinsamkeiten – sehr unterschiedlich mit der Verantwortung für die NS-Verbrechen umgingen. Auf die Persistenz und Langlebigkeit von Mentalitäten deuten Forschungsergebnisse, denen zufolge in Regionen, deren Einwohner*innen in der Gegenwart hohe Zustimmung zur AfD zeigen, bereits vor der Machtübergabe 1933 hohe Zustimmung zur NSDAP sichtbar waren (Cantoni u. a. 2019). Erkennbar ist dies zum Beispiel in Orten Nordvorpommerns oder Südostbrandenburgs. Gleichzeitig gibt es Orte, in denen im Zusammenhang mit einer hohen Diversität der Bevölkerung (zum Beispiel durch einen hohen Anteil an jüdischen Nachbar*innen in dörflichen Regionen Brandenburgs) die Ablehnung gegenüber der NSDAP in den ersten Jahren nach der Machtübergabe 1933 unter der Mehrheitsbevölkerung vergleichsweise hoch war; in diesen Orten lässt sich auch heute ein höheres Engagement für demokratische Kultur erkennen.

Fazit: Aus den Gefahren in Ostdeutschland lernen

Ich plädiere für eine kritische und differenzierte Thematisierung von Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland. Um ossifizierenden Zuschreibungen über den »Braunen Osten« und damit verbundenen Auslassungen und Entlastungen für »den Westen« zu entgehen, braucht es eine »Doppelspur der Kritik« (Maurer 2012): Einerseits müssen wir »Ossifizierung« (Heft 2018) mit ihrer selbstabwehrenden Funktionalisierung für »den Westen« erkennen, kritisieren und entschieden entgegenzutreten. Dazu gehört auch, die Geschichte und Gegenwart der angegriffenen demokratischen Zivilgesellschaft im Osten solidarisch in den Blick zu nehmen. Es braucht eine systematische Unterstützung von Projekten der Präventions- und Bildungsarbeit. Denn die zivilgesellschaftliche Infrastruktur besonders in ländlichen Räumen Ostdeutschlands ist nach wie vor trotz starken Engagements geringer und gerät immer mehr unter Druck.

Grundsätzlich müssen wir die Folgen extrem rechter Bedrohungen und Gewalt auf verschiedene gesellschaftliche Gruppen benennen, um sie wirksam unterstützen zu können und die demokratische Alltagskultur als Ganzes in Ostdeutschland zu schützen. Es ist ein Alarmzeichen, dass demokratische Engagierte sich aus exponierten Positionen zurückziehen oder dafür gar nicht erst kandidieren: Politiker*innen verschiedener demokratischer Parteien – nicht nur in ländlichen Regionen

Ostdeutschlands – sind aus Ämtern und von Mandaten von der Kommunal- bis zur Bundesebene zurückgetreten, weil (extrem) rechte Akteure und Gruppierungen sie bedrohten oder angreifen – offline und online. Das ist im Sinne wehrhafter Demokratie ein gewichtiges Argument, um zu prüfen, wie plausibel und notwendig ein Verbotverfahren der Partei AfD ist.

Prof. Dr. Heike Radvan hat an der Universität Tübingen den Lehrstuhl für Rechtsextremismusforschung mit Schwerpunkt Politische und kulturelle Bildung inne.

- 1 In den 1990er-Jahren gab es an vielen Orten der ehemaligen DDR rechtsextreme Mobilisierungen, Pogrome und Pogromversuche. Medial und im kollektiven Gedächtnis präsent sind die rassistischen Ausschreitungen in Hoyerswerda und in Rostock-Lichtenhagen. Neonazis versuchten auch in Westdeutschland vergleichbare Pogrome zu initiieren, das gelang ihnen – soweit wir bis heute wissen – »nur« in Mannheim-Schönau (Amadeu Antonio Stiftung 2022). In Solingen (Demirtas u. a. 2023) und Mölln verübten rechtsextreme Täter Brandanschläge, in deren Folge acht Menschen aus deutsch-türkischen Familien starben. Eine Übersicht findet sich im Archiv für Sozialpolitik und Redaktion der konkret (1993).
- 2 Vgl. »Mitte-Studien« der Friedrich Ebert Stiftung und »Autoritarismusstudien« der Universität Leipzig, www.theol.uni-leipzig.de/kompetenzzentrum-fuer-rechtsextremismus-und-demokratieforschung/leipziger-autoritarismusstudie [Abruf 10.04.2026].
- 3 Bestätigt werden diese Erfahrungsberichte von den Berater*innen des Vereins Opferperspektive – Solidarisch gegen Rassismus, Diskriminierung und rechte Gewalt e. V., Gesprächsnotiz vom 18.1.2023.
- 4 Raab, Michael/Radvan, Heike (2023): »Man muss lernen, sich zu bewegen«. Erfahrungen verschiedener Betroffengruppen mit rechter Dominanz in Cottbus. Handlungsstrategien und Umgangsweisen, in: Botsch Gideon u. a. (Hrsg.): Rechte Gewalt in Brandenburg, Berlin, S. 347–378.
- 5 Für eine Auseinandersetzung zur Debatte über die DDR als postnationalsozialistische Gesellschaft, ihre Leerstellen und Funktionsweisen im Ost-West-Diskurs vgl. Heitzer, Enrico u. a. (2021) (Hrsg.): Nach Auschwitz: Schwieriges Erbe DDR. Plädoyer für einen Paradigmenwechsel in der DDR-Zeitgeschichtsforschung, Frankfurt a. M.

Literatur

- Cantoni, Davide u. a. (2019): Persistence and Activation of Right-Wing Political Ideology, in: Rationality and Competition, Discussion Paper Series 143, CRC TRR 190 Rationality and Competition, rationality-and-competition.de/wp-content/uploads/discussion_paper/143.pdf [Abruf 10.04.2026].
- Heft, Kathleen (2018): Brauner Osten. Überlegungen zu einem populären Deutungsmuster ostdeutscher Andersheit, in: Feministische Studien Jg. 36/2, S. 357–366.
- Heft, Kathleen (2020): Kindsmord in den Medien. Eine Diskursanalyse ost-westdeutscher Dominanzverhältnisse. Opladen u. a.
- Heitzer, Enrico u. a. (2021) (Hrsg.): Nach Auschwitz: Schwieriges Erbe DDR. Plädoyer für einen Paradigmenwechsel in der DDR-Zeitgeschichtsforschung, Frankfurt a. M.
- Kollmorgen, Raj (2022): Radikale Rechte als ostdeutsches Problem? Zur langen Kultur- und Gesellschaftsgeschichte des Rechtspopulismus in Ostdeutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 72, Bd. 49–50, S. 33–38.
- Kubiak, Daniel (2022): Rechts sind die anderen. Diskursives Verdrängen von rechtsextremer Vergangenheit und Gegenwart in einer ostdeutschen Großstadt, in: Berichte. Geographie und Landeskunde Jg. 96, Bd. 2, S. 112–131.
- Leder, Stella (2021): Meine Mutter, der Mann im Garten und die Rechten. Eine deutsch-jüdische Familiengeschichte, Berlin.
- Lessenich, Stephan (2012): Brauner Osten? Wie neulich mal wieder die DDR besiegt wurde, in: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Jg. 42, Bd. 1, S. 107–112.
- Maurer, Susanne (2012): »Doppelspur der Kritik« – Feministisch inspirierte Perspektiven und Reflexionen zum Projekt einer »Kritischen Sozialen Arbeit«, in: Anhorn, Roland u. a. (Hrsg.): Kritik der Sozialen Arbeit – kritische Soziale Arbeit. Perspektiven kritischer Sozialer Arbeit, Wiesbaden, S. 299–323.
- Quent, Matthias (2016): Sonderfall Ost – Normalfall West? Über die Gefahr, die Ursachen des Rechtsextremismus zu verschleiern, in: Frindte, Wolfgang u. a. (Hrsg.): Rechtsextremismus und »Nationalsozialistischer Untergrund«. Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen, Wiesbaden, S. 99–118.



WHILE I WAS WAITING



Ich würde die Atmosphäre in Belarus als schläfrig, auch zäh und klebrig beschreiben. Manchmal fällt es allein schon schwer, nur durch die Luft zu schreiten. Wie geschmackloser Sirup.

Ignat



BELARUS

Kirchen und Zivilgesellschaft im Visier

Rechte Kampagnen treffen gezielt alle, die anders denken.

Henning Flad

»Demokratie leben!« steht unter Druck. Das Programm des Familienministeriums finanziert demokratiestärkende Organisationen und Projekte und fördert die kritische Auseinandersetzung mit Rechts extremismus – und ist deshalb auch ständiger Verleumdung von rechts ausgesetzt. Aber auch weitere zivilgesellschaftliche und kirchliche Organisationen müssen immer häufiger mit Angriffen rechnen. Besonders stark vorangetrieben werden diese Kampagnen von den beiden rechtskonservativen Online-Portalen Nius und Apollo News. Sie behaupten immer wieder, der Staat fördere systematisch linksextremistische Organisationen, verschwende Gelder für unsinnige Dinge und »woke Ideologie«, und finanziere einen »NGO-Komplex«, der ausschließlich aus linken Organisationen bestehe. Diese Online-Angebote haben eine erhebliche Reichweite, die Texte entfalten Wirkung auch unter Mitgliedern anderer Parteien bis ins Mittespektrum. Betroffen sind auch viele weitere Organisationen, die nicht über »Demokratie leben!« finanziert werden – weit in den kirchlichen Raum hinein.

Das Modell ist immer dasselbe: Erst berichten Medien wie Nius oder Apollo News über einen angeblichen Skandal, anschließend greift die AfD die jeweilige Geschichte in einer Kleinen Anfrage im Parlament auf. Im Ergebnis wird zivilgesellschaftliche Arbeit behindert, weil sich Mitarbeitende bedroht fühlen, oder weil viel Zeit in den Umgang mit diesen Angriffen investiert werden muss. Oft wer-

den tatsächlich kritisierbare Einzelaspekte benannt, die dann jedoch als Beleg für die weitreichende – und unbelegte – Behauptung dienen, die gesamte Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen sei per se illegitim.

»Demokratie leben!« im Mittelpunkt

Besonders scharf angegangen werden Organisationen wie die Amadeu Antonio Stiftung, die sich seit vielen Jahren gegen Rechtsextremismus engagieren. Doch der Fokus hat sich zuletzt ausgeweitet – im Blick sind nun auch allerlei Finanzierungen, die mit Rechtsextremismusprävention wenig zu tun haben. Modellhaft zeigte sich dies bei einer vor allem von Nius seit dem Herbst 2025 betriebenen Kampagne gegen den Deutschen Verlagspreis. Dieser wird jedes Jahr vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) an kleine Verlage vergeben. Im Jahr 2025 erhielten knapp 80 Verlage den Preis – faktisch handelt es sich weniger um eine klassische Auszeichnung als um eine strukturelle Förderung, die in manchen Fällen kleine Verlage vor der Insolvenz bewahrt hat, und den Pluralismus auf dem Buchmarkt fördert. Unter den sehr vielen Gewinnern im letzten Jahr befanden sich auch zwei der linken Szene nahestehende Verlage – Unrast und der Verbrecher Verlag. Beide veröffentlichen immer wieder relevante und interessante Bücher. Doch für Nius war die Preisver-

leihung an die zwei Verlage vor allem ein Beweis dafür, dass das von einem Staatsminister aus den Reihen der CDU geführte BKM gezielt »den Linksextremismus« finanziere. Nius berichtete teilweise fast täglich mit immer neuen Details über etwas, das ansonsten außerhalb der Verlagsbranche kaum Menschen interessiert haben dürfte. Die AfD griff die Kampagne mit einer Kleinen Anfrage an die Bundesregierung auf.

Auch an anderen, eher randständigen Themen setzt Nius an: Wer, außer Menschen, die sich beruflich mit Fördermitelanträgen befassen, hätte je vom EU-Programm CERV (Citizens, Equality, Rights and Values) gehört, das unter anderem Projekte zur Gewaltprävention und zum Schutz von Menschenrechten fördert? Für Nius war das trotzdem eine Artikelreihe wert. Begrenzten Nachrichtenwert hatte auch ein Vorgang, über den Apollo News trotzdem berichtete: Es ging um eine Einzelveranstaltung, die im Rahmen der Interkulturellen Woche der Kirchen stattgefunden hatte – eine von knapp 5.000. Apollo News hielt für einen Skandal, dass eine Stadtführung angeboten worden war, in der von Syrer*innen betriebene Geschäfte vorgestellt wurden. In dramatischem Tonfall hieß es: »Die staatlich geförderte Stiftung Demokratie Saarland veranstaltet Stadtführungen in Saarbrücken, um über die ›syrische Gastfreundschaft‹ zu informieren und ›Berührungspunkte abzubauen‹. Auch die Stadt Saarbrücken wirbt für die Exkursionen.«

Delegitimieren von CDU-Liberalen

Oft zielen die Texte vor allem darauf ab, liberale Kräfte innerhalb der CDU zu delegitimieren – insbesondere die für das Bundesprogramm »Demokratie leben!« verantwortliche Ministerin Karin Prien steht im Fokus der Kampagnen. Unter der Überschrift »CDU-Familienministerin Karin Prien finanziert linksextremen geheimen Anti-NIUS-Workshop« wurde im Januar 2026 über eine Veranstaltung des von Jugendverbänden getragenen »Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismuarbeit (IDA)« berichtet – »geheim« war die Veranstaltung, weil der Druck von rechts manche Organisationen dazu zwingt, Veranstaltungsorte nur noch nach Anmeldung zu veröffentlichen. Ins Visier von Nius war IDA geraten, weil in einer Broschüre über rechte Aktivitäten ausdrücklich auch die AfD erwähnt worden war, für Nius »ein Verstoß gegen das Demokratieprinzip«.

Die AfD-Bundestagsfraktion hält die laufende Kampagne gegen die Zivilgesellschaft offenbar für so wichtig, dass sie Anfang 2026 sogar eine Stelle ausschrieb. Gesucht wurde ein »Wissenschaftlicher Referent NGO-Aufklärung«. Zu den Aufgaben gehört unter anderem die »Koordination von Aufbau, Pflege und Weiterentwicklung einer zentralen NGO-Datenbank (Fördermittelempfänger, Personen, Netzwerke)«. Systematisch gehen Mitglieder der AfD auch gegen die lokale Ebene von »Demokratie leben!« vor – die »Partnerschaften für Demokratie«. In einem in der Partei verbreiteten Rundschreiben zum Umgang mit den lokalen Förderstrukturen heißt es direkt in der Überschrift: »Jetzt ist die Gelegenheit, den Sumpf auszutrocknen.«

Trotz der zentralen Bedeutung von »Demokratie leben!« – über kurz oder lang können sämtliche Fördertöpfe in den Blick geraten. Die Recherchen und Kampagnen aus dem rechten Spektrum arbeiten sich systematisch durch unterschiedliche staatliche Förderprogramme. Hier geht es um die Vorbereitung von Regierungsübernahmen und um Kontrolle über Etats auf allen Ebenen, und um eine deutliche Umschichtung, mit dem Ziel, das eigene Umfeld finanziell zu stärken, und alles, was als angeblich »linksrotgrünversifft« diffamiert wird, finanziell auszutrocknen. Die aktuelle Affäre um die Vetternwirtschaft von AfD-Abgeordneten und -Fraktionen von Magdeburg bis Brüssel spricht dabei Bände: Wie viel mehr wäre aus Sicht der Partei in Regierungsämtern zu verteilen? Während kleinste vermeintliche Verfehlungen demokratischer Parteien überkritisch skandalisiert werden, ist man selbst sehr bereit dazu, Ressourcen in die eigenen Kanäle zu leiten.

Kirchen besonders im Fokus

Für die Kirchen und ihre Verbände ist das besonders dringlich – auch sie werden scharf attackiert. Sie sind vor allem aufgrund ihrer Migrationspolitik ein zentrales Feindbild der extremen Rechten, insbesondere seit 2015. Deutlich unterstrichen wurde das im AfD-Wahlprogramm für Sachsen-Anhalt 2026. Dort spricht die AfD von den »Kirchensteuerkirchen«, deren »Privilegien« abgeschafft gehören – durch die sofortige Einstellung der Staatsleistungen, in Sachsen-Anhalt etwa 44 Millionen Euro jährlich. Auch hier zeigt sich, wie systematisch die AfD vorgeht: Die Evangelische Akademie in Wittenberg erhielt einen eigenständigen Punkt im

Wahlprogramm – ihre Finanzierung durch das Land soll eingestellt werden. Und: Der Einzug der Kirchensteuer über die Finanzämter soll ebenfalls beendet werden. Die Wirkung wäre verheerend – viele Einrichtungen wären von Insolvenz bedroht. Nun lässt sich natürlich fragen, ob auf Landesebene überhaupt derart drastische Entscheidungen getroffen werden können. Verschiedene Kirchenjurist*innen bestreiten das – doch bis etwa das Bundesverfassungsgericht eingreifen könne, dauerte es viel zu lange.

Vorbereiten auf Krisensituation

Obwohl die AfD in beiden Bundesländern in Umfragen mit großem Abstand stärkste Kraft ist: Die Landtagswahlen 2026 in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt sind noch keineswegs verloren. Entsprechend sollten demokratische und kirchliche Akteur*innen auch öffentlich kommunizieren – aber sich parallel auf eine Krisensituation vorbereiten. Damit sind auch Verbände, Kirchen und staatliche Strukturen anderswo angesprochen: Wie könnten wegfallende Förderungen in diesen Ländern im Falle einer Regierungsübernahme durch die AfD wenigstens punktuell aufgefangen werden? Wie können Kritiker*innen der AfD in diesen Bundesländern unterstützt werden, falls die AfD ihre neugewonnene staatliche Macht zu Rachemaßnahmen missbrauchen sollte? Wie kann stärker dafür sensibilisiert werden, was für katastrophale Folgen AfD-Regierungen auf Landesebene hätten?

Henning Flad hat die Projektleitung der *Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus (BAG K+R)* für ASF inne.

Der Rechtsruck und die Kirchen

Philipp Ackermann und Josef Könnig

Der Rechtsruck ist real: Seit etwa zehn Jahren erleben wir weltweit einen Vormarsch rechter Bewegungen. Insbesondere seit dem Wahlsieg Donald Trumps in den USA Ende 2024 sprechen Beobachter*innen von einem »vibe shift«, der auch in Deutschland spürbar ist. Die AfD agiert selbstbewusster denn je. Leidtragende sind in erster Linie marginalisierte Personen: Migrant*innen und Geflüchtete, Schwarze und People of Color, queere Menschen und Frauen*, Menschen mit Behinderung sowie Menschen, die von Wohnungslosigkeit, Erwerbslosigkeit oder Armut betroffen sind. Sie werden zur Zielscheibe menschenfeindlicher Rhetorik und Politik.

Auch die Kirchen setzen sich vermehrt mit einem autoritären Driften in den eigenen Reihen auseinander, wie die breite öffentliche Diskussion um die Verleihung des Josef-Pieper-Preises an den katholischen Trump-Unterstützer Bischof Robert Barron gezeigt hat.

Wie kommt es aber zum Rechtsruck? An der Antwort auf die Frage nach den Ursachen hängt viel, weil sie die Voraussetzung für die Formulierung von Handlungsoptionen ist. Zwei Thesen stellen dabei die Fluchtpunkte der Diskussion dar: 1. Der Rechtsruck werde durch rechtsextreme Akteur*innen – Identitäre Bewegung, AfD, Pegida – *von außen* in eine liberalisierte Gesellschaft getragen. 2. Der Rechtsruck entstehe *in der Mitte der Gesellschaft*, was sich zum Beispiel an verbreiteten autoritären und menschenfeindlichen Einstellungen quer durch soziale Klassen und Milieus oder an Attacken gegen zivilgesellschaftliche Organisationen und soziale Menschenrechte von konservativen, mitunter auch sozialdemokratischen Regierungen ablesen ließe. Beide Thesen sind durchaus triftig, stoßen aber an Grenzen. Dies wollen wir anhand einiger Erfahrungen und Beispiele aus der kirchlichen Erwachsenenbildung zeigen.

Unserer Einschätzung nach ist die erste These in kirchlichen Kontexten von Gemeinden, diakonischen Einrichtungen oder Bildungseinrichtungen stärker verbreitet als die zweite. So beteiligten sich im Frühjahr 2024 nach den Correctiv-Recherchen zum »Potsdamer Treffen« viele Christ*innen an den von

breiten zivilgesellschaftlichen Bündnissen getragenen Demonstrationen für Demokratie, Vielfalt und Menschenrechte. Auch Veranstaltungen in kirchlichen Bildungseinrichtungen waren gut besucht. Dabei wurde auch darüber diskutiert, wie die extreme Rechte strategisch auf das Christentum als kulturidentitärem Element zugreift, um es für die eigene Agenda in Stellung zu bringen: ein »Christentum von rechts« gegen Klimaschutz, Gender-Gaga, Asyl-Industrie und Islamisierung. Bereits beim AfD-Parteitag 2017 wurde der Slogan »Unser Kreuz hat keine Haken« geprägt, der seither in den Kirchen die Proteste gegen die extreme Rechte mobilisiert. Diese Beispiele zeigen, dass in kirchlichen Kontexten ein hohes Bewusstsein für den Wert eines demokratisch verfassten Rechtsstaates und seine Bedrohung durch rechtsextreme Kräfte vorhanden ist.

Gefährlich sind immer nur die Anderen?

Die These hat jedoch Schwächen: Sie neigt dazu, den Ursprung von Demokratiegefährdungen *exklusiv* bei rechtsextremen Akteur*innen zu verorten, von denen dann andere gesellschaftliche oder politische Kräfte gewissermaßen angesteckt werden. Gefährlich sind somit am Ende doch immer die Anderen. Antidemokratische Aspekte der alltäglichen Lebenswelt werden nicht mit dem rechten »vibe shift« in Verbindung gebracht. Entsprechend beobachten wir, dass Menschen der Ansicht sind, sie hätten keinerlei persönliche Berührungspunkte, wenn sie nicht leibhaftig einem AfD-Sympathisanten, Identitären oder Götz Kubitschek höchstselbst begegnen. Was hier fehlt, ist also ein selbst- und gesellschaftskritisches Bewusstsein, das systematisch ein Gespür für demokratische Defekte wie soziale Pathologien (das oft bereits da ist, aber eher unverbunden bleibt) entwickelt.

Hier bietet die zweite These klare Vorteile. Wenn die Mitte der Gesellschaft ein Hort autoritärer und menschenfeindlicher Einstellungen ist, dann muss diese Mitte selbst zum Gegenstand kritischer Reflexion werden – und mit ihm die Kirchen, die sich nicht selten selbst in der Mitte verorten. Mit dem Be-

griff der Mitte meinen wir zum einen *sozioökonomisch* eine relativ große gesellschaftliche Gruppe, die in sich differenziert weder »Oben«, also reich, noch »Unten«, also arm ist. Zum anderen verstehen wir *politisch* darunter den Teil, der sich weder äußerst links noch äußerst rechts verortet. Zwei Strukturmerkmale der Mitte sind im Hinblick auf den rechten Vibe Shift zentral: *Singularisierung* und *Neoliberalisierung*.

Singularisierung bezeichnet ein kulturelles wie ökonomisches Phänomen: Heute werden Status und Gewinn zunehmend dort erlangt, wo Menschen und auch Kapital der Logik der Besonderheit folgen: besondere Erlebnisse, exklusive Reiseziele, außergewöhnliche Genussmittel, ausgefallene Kleidung. Was immer das Selbst von anderen abhebt, wird als besonders wertvoll betrachtet. Kollektivistische Vorstellungen von Zugehörigkeit wirken wie die Kehrseite der Singularisierung – und bedienen in ihrer nationalistischen Variante das Bedürfnis, Teil von etwas Besonderem zu sein. Nationalismus ist dementsprechend nicht der Gegensatz zur Singularisierung, sondern kann ihre Bestätigung sein. Singularisierung tritt somit in unterschiedlichen Varianten zutage: Als autoritär-aggressive Ablehnung derer, die als »Gewinner« dieses Prozesses wahrgenommen werden, und (!) als bürgerliches Abgrenzungsbedürfnis durch Besonderheit und Exklusivität. Es sind zwei Seiten einer Medaille, die jeweils für sich sehr genau und sorgfältig betrachtet, aber eben auch in ihrem Zusammenhang gesehen werden müssen.

Die Neoliberalisierung hingegen zielt auf ein großangelegtes Projekt der Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge in einem umfassenden Sinne – rechtlich garantierter sozialer Ansprüche, konsumfreier Begegnungsmöglichkeiten und öffentlicher Infrastruktur. Die zunehmende Inwertsetzung und Kommerzialisierung von immer mehr Lebensbereichen operiert mit einem aus der Werbung allzu bekannten Freiheitsversprechen – von Flexibilisierung, beachtlichen Renditen für private Altersvorsorge und so weiter. Begleitet wird diese nur scheinbar allen zugängliche Freiheitsvision von ökonomischen Sachzwang-Argumenten, die vor allem soziale Einschnitte rechtfertigen und zugleich vermitteln, dass soziale Not vor allem selbstverschuldet ist. In diesem Kontext ist der Weg zu einem autoritären Freiheitsdenken nicht mehr weit, das für sich jede individuelle Freiheit fordert, anderen aber größtmögliche Härten zumuten will. Ein Denken, das bei weitem nicht nur in extrem rechten Kreisen anzutreffen ist: Die Figur des faulen »Bürgergeld-Empfängers« gehört zum Standard-Feindbild gesellschaftspolitischer Diskussionen von Seminarkontexten bis zum Wohnzimmer.

Zukunft wagen statt Rückfall in die Resignation

Nun ist den Kirchen zunächst zugutezuhalten, dass sie nicht als lautstarke Unterstützerinnen von Singularisierung und Neoliberalisierung aufgefallen sind. Sie zeichnen sich aber insgesamt eher durch Anpassung denn als eine Alternative aus. Die Folge ist eine weit verbreitete Resignation, weil die Kirchen leer, die Personaldecke dünn und die Angebote rückläufig sind – ein Grundgefühl, das ebenfalls anfällig macht für Zukunftsvorstellungen, die auf einer mythischen Vergangenheit aufbauen – »Früher war alles besser«. Die sinkenden Mitgliederzahlen und geringeren Finanzmittel führen zu einer kirchlichen Variante der Sparzwang-Logik mit Fusion um Fusion und Kirchenschließungen, die unabwendbar seien.

Auf diese Weise füttern sie – ungewollt! – den Gesamteindruck, dass in der Gesellschaft immer mehr Verluste zu verzeichnen sind. Dabei wäre gerade jetzt wichtig, Orte und Räume offen zu halten, die nicht zuerst durch Konsum oder finanzielle Möglichkeiten zugänglich sind. Wichtig wären Signale zur Wiederbelebung und zu Aufbrüchen, wo vieles zum Erliegen kommt. Und es braucht eine Wiederentdeckung der Traditionen der Wohlfahrt und der sozialen Gerechtigkeit als genuin religiöser Praxis. Ein demokratieorientiertes und antifaschistisches Christentum darf dabei nicht nur auf unmittelbar politische Statements setzen, sondern sollte seine Rolle als Immobilienbesitzer, Arbeitgeber, Bildungseinrichtung, Sozialträger wahrnehmen. Wie könnte eine kirchliche Immobilienstrategie im Hinblick auf bezahlbare Wohnungen aussehen? Wie gelänge eine demokratische Teilhabe von Mitarbeitenden in kirchlichen Einrichtungen? Welche Kooperationen könnten eine sozialraumorientierte Seelsorge unterstützen, um Begegnungen jenseits von Konsum zu ermöglichen?

Wir sind überzeugt: Gelingt es, diese Fragen kreativ und kontextbewusst zu beantworten, dann wird es gelingen, mehr Menschen für eine freie, solidarische und demokratische Gesellschaft zu begeistern.

Dr. Philipp Ackermann forscht zu Neuer Politischer Theologie, kritischen Theorien, ökologischer Krise und Rechtsextremismus und ist in der Erwachsenenbildung tätig. **Dr. Josef M. Könnig** arbeitet als Theologe in der Erwachsenenbildung am Haus Ohrbeck unter anderem zu ethischen Fragen, Menschenrechten und Nachhaltigkeit.

Die grenzüberschreitende Vernetzung der radikalen Rechten

Thomas Greven

Die politische Energie ist heute rechts. Zwar ist es keineswegs so, dass quasi eine globale MAGA-Bewegung aus den USA an Europa heranrollt, denn die transnationalen Impulse für die radikalen Rechten gehen von vielen verschiedenen Punkten aus, von der christlichen Rechten bis hin zu Viktor Orbáns internationaler Infrastruktur für den Export seiner »illiberalen Demokratie«. Klar ist aber, dass es ein erhebliches Motivations- und Mobilisierungsgefälle zwischen den siegesgewiss grenzüberschreitend organisierenden reaktionären Revolutionären und den Verteidiger*innen der liberalen Demokratie gibt.

Zugleich ist es wichtig, die globale radikale Rechte nicht stärker zu schreiben als sie ist. Zwar sind deren Akteur*innen nahezu überall im Aufwind, aber ihr Aufstieg fußt in erster Linie auf spezifisch nationalen Entwicklungen und Problemlagen. Auch der Fokus ihrer Aktivitäten liegt weiterhin eindeutig auf den jeweiligen nationalen und lokalen Ebenen. Mit anderen Worten, sie müssen nach wie vor nationale Wahlen gewinnen – und können diese auch verlieren. Der Ausgang von nationalen Wahlen beeinflusst ihre Möglichkeiten zu grenzüberschreitenden Aktivitäten. Von einer globalen MAGA-Bewegung würde wohl nicht gesprochen werden, hätte Trump die Wahl 2024 verloren. Und eine Wahlniederlage der Fidesz in Ungarn würde Orbáns Netzwerk sicherlich in seinem Bestand gefährden.

Eine globale soziale Bewegung

Wer in Bezug auf die Existenz einer »globalen radikalen Rechten« skeptisch ist, kann auf die vielen ideologischen und nationalen Interessenkonflikte zwischen den Akteur*innen der radikalen Rechten verweisen, beispielsweise im Verhältnis zu Russland und China, sowie auf reichlich persönliche Animositäten. Und doch hat die grenzüberschreitende Vernetzung der radikalen Rechten in den letzten Jahren – insbesondere seit 2016 – erheblich zugenommen.

Deshalb ist es kein Zufall, dass sich die Analysen und Zeitdiagnosen häufen, die dieses – angesichts des ausgeprägten Nationalismus der radikal rechten Akteur*innen tatsächlich kontraintuitive – Phänomen auf den Begriff zu bringen versu-

chen. Von einer »globalen Rechten« oder einer »rechten Internationalen« ist die Rede (Marcel Lewandowsky) und selbst der ältere Begriff der »faschistischen Internationalen« wird wieder aufgegriffen.

Bei allen Einschränkungen: Die Vernetzung der radikalen Rechten ist inzwischen so weit fortgeschritten, dass man von einer Entwicklung hin zu einer globalen sozialen Bewegung sprechen kann. Eine soziale Bewegung ist nämlich keine einheitliche Akteurin, sondern zeichnet sich erstens dadurch aus, dass die Beteiligten auf ähnliche Problemlagen reagieren, indem sie gemeinsame Frames und Narrative zu deren Analyse, zum politischen Gegner und zur Selbstidentifikation entwickeln. Neben diesen Frames verfolgen die Akteur*innen zweitens ein gemeinsames politisches Projekt jenseits ihrer jeweiligen nationalen Agenda. Drittens mobilisieren die beteiligten Akteur*innen finanzielle und personelle Ressourcen, um sich grenzüberschreitend zu organisieren. Alle drei Kriterien werden sowohl von der europäischen als auch von der globalen radikalen Rechten erfüllt. Wir haben es mit strategisch operierenden Netzwerken zu tun.

Repräsentationsdefizite

Seit geraumer Zeit sind Demokratien von einer Welle der Autokratisierung betroffen. Debatten darüber, ob ökonomische Ängste vor Statusverlust oder der Widerstand gegen kulturelle Transformationsprozesse wichtiger für den Aufstieg der radikalen Rechten sind, könnten fruchtlos kaum sein, jedenfalls wenn es um die Suche nach gemeinsamen Triebkräften geht. Denn Ökonomie wie auch Kultur spielen eine Rolle – in jeweils national unterschiedlicher Gewichtung. Für die Ausbildung einer globalen sozialen Bewegung kommt es auf die Parallelen an: Es gibt nahezu in allen Demokratien erhebliche Repräsentationsdefizite. Die Verwerfungen der ökonomischen Globalisierung und der kulturellen Transformation münden in einer diffusen Demokratiemüdigkeit. Viele Bürger*innen sehen nicht, dass die komplexen Aushandlungsprozesse in pluralen, liberalen Demokratien zu mehr als zu faulen Kompromissen führen. Zu viele Probleme bleiben dauerhaft ungelöst.

Es ist wichtig, die Beschwerden vieler Menschen, ihre Überforderung (und die von vielen wahrgenommenen Defizite auch der »real existierenden« repräsentativen Demokratie), nicht zu pathologisieren, sondern ernst zu nehmen. Zugleich gilt es anzuerkennen, dass diese Beschwerden nicht länger allein pragmatisch-rational bearbeitet werden können. Die sprichwörtliche »gute Politik« genügt nicht mehr, denn: Die Probleme sind nicht länger das Problem, und deshalb sind die Lösungen nicht länger die Lösung. Dies und die parallelen Problemlagen machen ähnliche Antworten der radikalen Rechten wahrscheinlich und erklären die Attraktivität der »illiberalen Demokratie« der radikalen Rechten. Sie bieten zudem die Basis für ihre grenzüberschreitende Kooperation. Eine wichtige Rolle spielen dabei Kommunikationsstrategien: Radikale Rechte profitieren weltweit von der Mobilisierung von Angst und Wut, insbesondere in den sozialen Medien, einer Hyperpolitisierung und instrumentellen Hysterisierung der Politik.

Identitätsstiftende Frames: Wer ist der Feind?

Die radikale Rechte verwendet zur Beschreibung des politischen Gegners bevorzugt drei grenzüberschreitend gängige Frames: »Globalismus«, »Wokeismus« und »(korrupte) globale liberale Eliten«. Diese Deutungsmuster stiften Identität. Sie knüpfen an eine politische Krisenanalyse an, die auf die Repräsentationsdefizite der liberalen Demokratien im Zuge der Globalisierung und des kulturellen Wandels abhebt. Sie bedienen sich einschlägiger, aber keineswegs immer kohärenter Narrative. Sie sehen in der Globalisierung und kulturellen Transformation nicht säkulare, aber politisch gestaltbare Prozesse, sondern ideologische oder interessengeleitete Projekte böswilliger »liberaler globaler Eliten«. Anstatt sich mit sehr komplexen Problemen dieser Welt auseinanderzusetzen, werden »Feinde« identifiziert (ein weiterer verbindender Frame) und ihre ebenso böswilligen Nutznießer*innen wie Migrant*innen, LGBTIQ*-Communities, »Kulturmarxisten« und anderen »Kommunisten«, gelegentlich auch »Sozialstaatsschmarotzern« und (inzwischen seltener) Jüdinnen*Juden – vor all diesen muss das »wahre« Volk der Patrioten beschützt werden.

Der größte gemeinsame Nenner des »Anti-Globalismus« ist die nationalistische Migrationsfeindlichkeit; dagegen gibt es erheblichen Dissens zwischen kommunitaristischen und libertären radikalen Rechten. Erstere stehen für einen konsequenten »ökonomischen Nationalismus« und opponieren oft auch gegen Finanzmarktkapitalismus und Fachkräftemigration. Sie wollen den Wohlfahrtsstaat für das »wahre« Volk reservieren. Libertäre sind hingegen sozialdarwinistische Feinde jeglicher Sozialpolitik. Das spiegelt sich etwa im Konflikt zwischen der migrationsfeindlichen MAGA-Basis Trumps und einem eher freiheitlichen Tech-Optimisten wie Elon Musk mit seinem globalen Firmenimperium. Die Bandbreite von Positionen beim

»Anti-Wokeismus« ist groß; in der Auseinandersetzung um Feminismus und die Rechte von LGBTIQ*-Communities reicht sie von Kooperationswilligkeit mit anderen Reaktionären wie traditionalistischen Muslimen bis zu offener Islamfeindlichkeit.

Zwar lässt sich empirisch nicht ohne Weiteres belegen, dass die thematische Geschlossenheit der radikalen Rechten auf eine gezielte Koordination zurückzuführen ist, aber eine gegenseitige Beeinflussung ist plausibel. Der Erfolg verschiedener nationaler Wahlkämpfe mit ähnlichen Themen und Methoden der politischen Kommunikation zeigt das: Kulturkämpferische Narrative sowie Techniken der Propaganda, der Desinformation werden grenzüberschreitend scharf gemacht, vor allem in den sozialen Medien. Man schaut, was funktioniert, und versucht dann, es im eigenen Kontext anzuwenden. Für gegenseitige Inspiration reichen vielleicht schon die Auftritte von internationalen Stars der radikalen Rechten bei den zahlreichen internationalen Konferenzen (insbesondere die Conservative Political Action Conferences, CPAC, und die National Conservatism Conferences, NatCon). Sie vermitteln den Zuhörer*innen das Gefühl, Teil eines größeren Ganzen zu sein, nämlich einer wachsenden globalen Bewegung.

Den wahren (christlichen) Westen verteidigen

Durch die bei solchen Zusammenkünften vermittelte Siegesgewissheit und offensiv zelebrierte Einigkeit profitiert die globale radikale Rechte gegenüber den Verteidiger*innen der liberalen Demokratie – die typischerweise eher zerstritten wirken, weil sie in pluralistischen Gesellschaften ihre Interessen gegeneinander durchzusetzen versuchen – von einem erheblichen Motivations- und Mobilisierungsvorsprung.

Zu diesem Gefälle trägt auch das Selbstbild der bürgerlich-konservativen Patriot*innen bei, die sich im Angesicht der drohenden Apokalypse oder wahlweise des Untergangs des Abendlands zum Heiland des »wahren« Westens beziehungsweise des »wahren« Europas, seiner Werte und Traditionen aufschwingt. Im Zentrum dieser äußerst effektiven Selbstidentifikation stehen die (heterosexuelle, männerdominierte) Familie und die Souveränität der (oft ethnisch definierten) Nation. Hierbei wird regelmäßig auf das Christentum zurückgegriffen, meist allerdings eher zivilisatorisch oder kulturell verstanden, seltener wahrhaftig religiös oder gar theologisch fundiert.

Hinzu kommt die schon beschriebene Selbstidentifikation als standhafte Verteidiger*innen der »wahren« Demokratie, die sich an den erheblichen Repräsentations- und Lösungsdefiziten der »real existierenden« liberalen Demokratien abarbeitet, über die im Übrigen auch deren eigentliche Verfechter*innen frustriert sind, was deren Positionierung sehr erschwert.

Diese Narrative bilden in Summe so etwas wie eine »Imagined Community« (Benedict Anderson) der globalen radikalen Rechten, die sich von »Feinden« von außen – vor allem Migrant*innen – und von innen – den globalistischen und woken Eliten und ihren Günstlingen – abgrenzt.

Das gegenhegemoniale Projekt einer postliberalen (Welt-)Ordnung

Gemeinsame Frames sind eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für eine globale Bewegung der radikalen Rechten – sie könnten ja genau so gut ausschließlich auf nationale Ziele ausgerichtet sein. Eine globale Bewegung entsteht erst, wenn die vernetzten Akteure auch ein gemeinsames politisches Projekt formulieren. Genau das ist der Fall: Dabei sind diese Akteure keineswegs rein konservativ. Als »reaktionäre Revolutionäre« wollen sie eine andere Welt(-ordnung). Sie verfolgen eine gegenhegemoniale Strategie, um die globale liberale Ordnung (und ihre institutionellen Ausprägungen wie die EU oder UNO) zu stürzen und durch eine auf größerer nationalstaatlicher Souveränität basierende Ordnung zu ersetzen.

Zum einen folgt daraus eine Transnationalisierung der »neurechten« Strategie, die Grenzen des Sagbaren und Machbaren (das sogenannte Overton-Fenster) nach rechtsaußen zu verschieben, insbesondere in Bezug auf die Definition des »richtigen« Volks. Dies folgt der Erkenntnis, dass eine reaktionäre oder konservative Revolution nur dann politisch nachhaltig gelingen kann, wenn zuvor die kulturelle Hegemonie errungen wurde. Weil die »liberale Hegemonie« auf globaler Ebene besteht, formuliert die globale radikale Rechte genau dort ihr souveränistisches Gegenprojekt, beispielsweise das »Europa der Vaterländer«, das als »Festung Europa« gegen die liberale Kultur der Offenheit gerichtet ist. Sie zeitigt Erfolge, die liberale Hegemonie wankt.

Zum anderen haben diese Akteure auch organisatorische Schlüsse aus der sehr verworrenen Brexit-Erfahrung, der Trumpschen Niederlage 2020 und anderen Misserfolgen gezogen: Nationale Alleingänge sind in einer vernetzten Welt selten erfolgreich. Solange die globale liberale Hegemonie institutionell zementiert ist, das heißt, solange es Global-Governance-Institutionen gibt, beispielsweise die WTO für das Welthandelssystem und internationale Konventionen für Migration und Flucht, kann eine Regierung allein wenig ausrichten. In der EU propagiert die radikale Rechte nun mehrheitlich statt eines »Exit« die politische »Übernahme«. Allerdings gehört die Exit-Option selbstverständlich weiter zum Repertoire der radikalen Rechten, beispielsweise wenn es um den Austritt aus internationalen Organisationen oder Abkommen geht (wie der Europäischen Konvention für Menschenrechte oder der UN-Flüchtlingskonvention), um größere nationale Souveränität zu sichern.

Die transnationale Vernetzung der radikalen Rechten muss also organisiert werden. Deshalb investieren viele Akteure in den Aufbau einer politisch schlagkräftigen globalen Bewegung. Dabei bleibt ihr innerer Widerspruch, der trennende Nationalismus, zwar bestehen. Aber in der fundamentalen Auseinandersetzung mit der liberalen Hegemonie und Weltordnung ist das Interesse an nationaler Souveränität nicht nur trennend, sondern verbindet auch: als Grundlage der nationalistischen, aber gemeinsamen Gegenhegemonie.

Zugleich ist klar, dass es auch jenseits nationaler Interessen unterschiedliche Strömungen in der gegenhegemonialen Bewegung gibt. Dabei gibt es punktuelle organisatorische Überschneidungen der radikalen Rechten mit den Netzwerken traditionalistischer, christlicher Akteure oder aber ultralibertären Netzwerken, diese bleiben jedoch sehr eigenständig. Der globale Backlash gegen den kulturellen Wandel ist in den letzten Jahren stärker geworden, angetrieben von extrem finanzkräftigen »Anti-Wokeness«-Initiativen. Sie zielen meist auf konkrete gesetzliche oder vertragliche Änderungen zu Themen wie LGBTIQ*-Rechten, nicht primär auf Machtübernahme oder »Regime Change«.

Gleiches gilt für die transnationalen Aktivitäten marktlibertärer Akteure, die beispielsweise mit dem Atlas-Netzwerk eine schlagkräftige Infrastruktur aufgebaut haben, und für Netzwerke, die auf die Bekämpfung klimapolitischer Maßnahmen fokussieren. Hier bestehen offensichtliche Überlappungen – wie andere Formen staatlicher Regulierung wird Klimapolitik als Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit gesehen und abgelehnt. Zugleich gibt es in der globalen radikalen Rechten jedoch auch erhebliche Spannungen. Die Analyse, dass die globale radikale Rechte im Grunde nichts weiter ist als eine globale wirtschaftslibertäre Bewegung – autoritärer Neoliberalismus –, unterschlägt diese Widersprüche. Die radikalen Rechten verfolgen meist keinen Freihandel, sondern Protektionismus oder Neomerkantilismus. Auch beißt sich der Nativismus und Ethnonationalismus der radikalen Rechten mit dem Interesse von Unternehmen am möglichst freien Fluss von Kapital und Arbeitskräften. Nicht zuletzt gibt es auf Seiten der »ökonomischen Nationalisten« eine erhebliche Skepsis gegenüber dem Finanzmarktkapitalismus. Umgekehrt steht das Interesse von Unternehmensakteuren an Rechts- und Vertragssicherheit in einem Spannungsverhältnis zur Tendenz autoritärer Regime zu korrupter Vetternwirtschaft und »Crony Capitalism«. Dennoch ist es plausibel, dass international vernetzte Wirtschaftsakteure zum finanzstärksten Support der globalen radikalen Rechten beitragen, denn diese versprechen in der Regel niedrigere Steuern und weniger Regulierung. Auch sind die Belohnungs- und Bestrafungsmechanismen eines autoritären »Crony Capitalism« nicht für alle Wirtschaftsakteure abschreckend – beispielsweise wegen ihres Interesses an Monopolpositionen. Vor allem aber geht es vielen wohl um eine politische Kalkulation: Lieber sich mit autoritären Regierungen arrangieren, als zu teuren Kompromissen mit progressiven Regierungen, Gewerk-

schaften und Umwelt-NGOs gezwungen zu sein. Mit anderen Worten, die libertären und protektionistischen »Flügel« der radikalen Rechten haben vor allem ihre Ablehnung der alten Ordnung gemein.

Follow the money

Eine letzte Bedingung für eine globale soziale Bewegung ist, dass die beteiligten Akteure eigene Ressourcen für grenzüberschreitende Netzwerke und Aktivitäten aufwenden. Auch diese Bedingung ist erfüllt, in Europa wie weltweit. Zwar ist die Bewegung etwa im Europaparlament in drei Fraktionen gespalten, doch mittlerweile schließen sich Rechtsparteien nicht mehr nur wegen der Fraktionsgelder zusammen, sondern weil sie tatsächlich programmatisch zusammenarbeiten, etwa in Think-tanks, mit Publikationen und Konferenzen – und dies immer aufwendiger und intensiver.

Doch es bleibt die Frage, ob radikale rechte Bewegungen auch in Regierungsverantwortung noch bereit dafür sind, für die »Schwesterparteien« anderer Länder tatsächlich Opfer zu bringen, die finanziell oder politisch etwas kosten. Oder ob bereits jetzt die unvermeidliche Konkurrenz nationaler Interessen überwiegt. Wenn nicht nur Elon Musk die AfD verbal unterstützt, sondern auch Kräfte aus der Trump-Regierung, ist dies nicht nur ein Zeichen ideologischer Nähe, sondern auch blanke Interessenpolitik: Den US-Tech-Unternehmen sind die Regulierungen der EU (insbesondere der Digital Services Act und der Digital Markets Act) ein Dorn im Auge. So sind die Techgiganten wie auch Trump an einer möglichst schwachen EU interessiert, deren Mitgliedsstaaten sie gegeneinander auspielen können.

Aber gerade mit Blick auf Trump gibt es auch Beispiele nicht-interessegeleiteter Politik, beispielsweise die Stützung des argentinischen Pesos als Wahlhilfe für den rechten Präsidenten Javier Milei oder die (vorübergehend) verhängten Strafzölle für Brasilien, um ein mildes Urteil für Ex-Präsident Jair Bolsonaro zu erzwingen oder die Bereitschaft, für Orbáns Ungarn Ausnahmen vom Boykott russischen Öls und Gas zuzulassen. Diese internationalen Interventionen sind kostspielig und kommen an Trumps MAGA-Basis nicht gut an. Sind die radikalen Rechten erst einmal in Regierungsverantwortung und ihr globales Projekt einer postliberalen Ordnung in der Wirklichkeit angekommen, folgen auf größere nationale Souveränität zwangsläufig Konflikte, die schnell eskalieren können.

»Die Zeit der Monster«: Auf dem Weg zu einer postliberalen Ordnung

Die globale liberale Ordnung zerfällt rapide, die Hegemonie der Weltoffenheit ist gebrochen. In einem gewissen Sinne hat die globale radikale Rechte damit ihr Ziel schon fast erreicht.

Die Welt ist auf der Suche nach einer neuen Ordnung »nach rechts abgebogen«. Versuche, die Verwerfungen der Globalisierung sozial-ökologisch abzufedern sowie die Klimafolgen des Wirtschaftswachstums supranational abzumildern – etwa globale Sozial- und Umweltstandards – werden zwar fortgesetzt, stoßen aber auf den geballten Widerstand von Wirtschaft sowie konservativen, marktliberalen wie radikal rechten Strömungen. Bestenfalls werden sie verwässert und verzögert, schlimmstenfalls einfach verhindert. Selbst die jungen Generationen verlieren inzwischen den Glauben an supranationale Lösungen für globale Probleme.

Im Sinne Antonio Gramscis befindet sich die Welt in einem Zwischenstadium, einem Interregnum: »Die alte Welt liegt im Sterben, die neue ist noch nicht geboren: Es ist die Zeit der Monster«. Aber auch wenn noch unklar ist, ob sich die globale radikale Rechte durchsetzen wird: Alle derzeit denkbaren Varianten laufen auf mehr nationale Souveränität, weniger Regeln, weniger Vermittlungsinstanzen hinaus.

Es muss immer wieder an das erinnert werden, was die globale radikale Rechte derzeit ebenso eint und zugleich grundsätzlich trennt: ihr Nationalismus. Insbesondere im entwickelten Westen hat die (weitgehend) friedliche Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg und nach dem Kalten Krieg wie ein Präventionsparadox funktioniert. Die Friedensordnung, die diese Periode ermöglicht hat, wird in ihren komplexen Voraussetzungen als selbstverständlich vorausgesetzt – und vielleicht gerade deshalb geringgeschätzt. Aber: Die vordergründige Einigkeit der radikalen Rechten mit ihrer Souveränitätsagenda (und damit einer multipolaren Weltordnung) ist nur vorübergehend und eben nicht friedensstiftend. Wenn die radikalen Rechten sich durchsetzen, sorgt ihre jeweilige Betonung der eigenen Interessen (»unser Land zuerst«) zwangsläufig für scharfe Interessenkonflikte, die nicht länger über die Institutionen globaler und europäischer Governance abgefedert und vermittelt werden können. Wenn es deshalb zu den erwartbaren Handelskriegen, desaströsen Subventionswettkämpfen und Schlimmerem kommt, steigt vielleicht die Zustimmung zu friedensstiftenden supranationalen Ordnungsvorstellungen wieder. Hoffentlich wird es nicht heißen: Auferstanden aus Ruinen.

Dr. Thomas Greven ist Privatdozent an der Freien Universität Berlin, Autor und Politikberater. In Kürze erscheint sein Buch zum Thema: »Das internationale Netz der radikalen Rechten. Angriff auf die Demokratie in den USA und Europa« (Dietz-Verlag).

While I was



waiting

Belarus



Hier sind 90 Prozent konservativ. Sie mochten nie was Neues. Sie haben Angst vor dem, was sie nicht verstehen. Sie sind sehr verengt. Aber ich kenne viele kluge, interessante, verrückte Leute. Aber sie alle werden in dieser Gesellschaft beurteilt und diskriminiert. Auf der Straße fühlst du dich immer unwohl, weil sie dich anstarren und abwerten.

Palina

Im Auge des Betrachters

Wie das autokratische Regime in Belarus Geschichte sieht und danach handelt

Siarhei Paulavitski

Januar 2026, Dortmund. Nach meiner Freilassung aus politischer Haft in Belarus hole ich nun die zwei Jahre des erzwungenen Stillstands nach. Dabei stoße ich auf die Meldung: Ende 2025 wurde in meinem Heimatland ein weiteres historisches Buch in die Liste der »extremistischen« Literatur aufgenommen – und damit praktisch verboten: die Übersetzung einer polnischen Studie von Dorota Michaluk zur Geschichte der Belarussischen Volksrepublik, eines 1918 unter deutscher Besatzung ausgerufenen Satellitenstaats. Das Fachbuch wurde von einer regionalen Staatsanwaltschaft entdeckt und einem speziellen nationalen Gremium vorgelegt. Es verstoße gegen die vom Präsidenten beschlossenen Grundlagen der staatlichen Ideologie, so die Kommission. Die explizite Formulierung ist für mich neu, die Idee dahinter jedoch nicht.

Nachdem das Regime von Alexander Lukaschenko in seinen ersten zehn Jahren nach 1994 seine Kontrolle über die drei Gewalten des belarussischen Staates, die Wirtschaft und die Massenmedien immer weiter ausgebaut hatte, versuchte es ab 2003, sich eine mehr oder weniger stringente Ideologie zuzulegen. Erst 2025 war es dann so weit: Auf gerade einmal zweieinhalb Seiten standen oft recht vage Thesen zu Politik, Wirtschaft und Sozialem. Der nur drei Absätze umfassende Abriss der Landesgeschichte ist dagegen konkret und reduziert sie auf ein Minimum. Warum dieser strikte Kanon?

Der belarussischen Autokratie ist es nicht gelungen, ein Zukunftsbild für die Nation zu entwerfen. Der Diktator altert und das Regime ist zwischen ökonomischer Stagnation und internationaler Isolation zunehmend um den Machterhalt besorgt. Die breiten Proteste nach der Präsidentschaftswahl 2020 konnten nur mit viel Gewalt niedergeschlagen werden. Daraus haben die Machthaber*innen offenbar die Lehre gezogen: Alles, was sie nicht steuern, stellt ein Risiko dar – auch im Bereich Geschichte. Sie wissen nur zu gut, wie man Geschichte politisch instrumentalisiert, damit legitimieren sie seit jeher ihre eigenen Machtansprüche und verunglimpfen vermeintliche Feind*innen: »Wir herrschen als Nachfolger der Sieger über den Faschismus« oder »Ihr Deutschen/Polen/Nachfolger von Kollaborateuren wollt wieder unser Land unterjochen«.

Für die belarussische Demokratiebewegung war die Geschichte schon immer eine Quelle alternativer Symbole und Entwicklungsperspektiven, die man entweder der russischen Vorherrschaft, der sowjetischen Gleichschaltung oder auch dem Legitimationsanspruch des aktuellen Regimes entgegenstellte. Die weiß-rot-weiße Fahne erinnerte bei den Demonstrationen von 2020 an die Möglichkeit einer nicht-sowjetischen Staatlichkeit, denn sie war einst die Staatsflagge der Belarussischen Volksrepublik von 1918 sowie des unabhängigen Belarus 1991 bis 1995. Der »Marsch nach Kurapaty« am 1. November führte zum zentralen Ort der stalinistischen Repression gegen die nationalen Eliten im Sowjetbelarus der 1930er-Jahre. Die betonte Friedlichkeit der Proteste war ein Verweis auf die angeblich seit dem Mittelalter hierzulande praktizierte und hochgelobte Toleranz gegenüber anderen.

Jetzt ist der Rahmen eng abgesteckt. Wenn »Unbefugte« versuchen, ihn zu erweitern, etwas Neues hervorzubringen, können die Sicherheitsbehörden dies noch leichter als bisher identifizieren und verfolgen. Gerade die Staatsanwaltschaft versteht sich als Wächterin und profiliert sich zugleich als »zuständige« Hauptakteurin der historischen Forschung und Erinnerungsarbeit, insbesondere in Sachen »Genozid am belarussischen Volk« – ein 2022 gesetzlich eingeführter Pauschalbegriff für Verbrechen während der NS-Besatzung 1941 bis 1944. Ihre Mitarbeitenden suchen in Archiven und bei Ausgrabungen nach neuen Beweisen dafür, sprechen mit Zeitzeug*innen, halten Geschichtsvorträge und pflegen Denkmäler. Vor diesem Hintergrund gelten selbständiges Denken, historisches Hinterfragen und Multiperspektivität schnell als Kampfansage – da wird hart durchgegriffen.

November 2024, Untersuchungsgefängnis in Minsk. Wir Inhaftierten stehen mit dem Gesicht zur Wand im Korridor Spalier und warten auf die Verlegung. Ich höre einen Mann neben mir Belarussisch reden – eine Seltenheit im vorwiegend russischsprachigen Belarus. Es muss ein politischer Häftling sein, wahrscheinlich eine mir bekannte Person. Tatsächlich: Historiker Ihar Melnikau. Er forscht zu den von Belarus besiedelten ost-polnischen Gebieten in der Zwischenkriegszeit, wurde durch

Reenactment-Führungen in Belarus bekannt, hat in Warschau promoviert und lehrt an der Universität Wrocław. Melnikaus Konzepte sind mit dem offiziellen Geschichtsbild so weit kompatibel, dass seine Studie zur polnisch-sowjetischen Grenze in Belarus von 1921 bis 1941 [sic!] noch im September 2024 in einer Ausstellung der Präsidialbibliothek präsentiert wurde.

Vier Tage vor der Ausstellung wurde Melnikau wegen »Beihilfe zum Extremismus« zu vier Jahren Haft verurteilt, nachdem er im Januar bei einer Reise in die Heimat verhaftet worden war. Sein »Verbrechen«: ein Interview aus dem Jahr 2022 mit Euroradio, einem (erst später!) als »extremistische Formation« eingestuften Sender. Dabei äußerte er sich damals trotz politisch-provokativer Fragen eher wohlwollend gegenüber der offiziellen, seit den Sowjetzeiten tradierten Sichtweise auf die Geschichte. Das habe, so Melnikau, selbst der Ermittler zugeben müssen. Das Berufungsgericht berücksichtigt diesen Umstand dann wohl doch noch und verkürzt das Strafmaß auf zwei Jahre.

Jemand wie Melnikau, der außerhalb staatlich kontrollierter Institutionen wie Hochschulen oder der Akademie der Wissenschaften zur belarussischen Geschichte forscht und zudem in nichtstaatlichen (Exil-)Medien über historische Themen spricht, gefährdet für das Regime sein Monopol auf die Geschichtspolitik. Es geht weniger um die Inhalte oder die ideologische Haltung von Forscher*innen als um die Tatsache selbst. Ungebetene Unterstützer*innen sind ebenso unerwünscht.

Mai 2022, ein Indie-Buchladen für belarussische Bücher in der Innenstadt von Minsk. Am Tag der Eröffnung schaue ich vorbei und grüße den Besitzer, der zugleich Historiker und erfolgreicher Verleger ist. Andrej Januschkewitsch wirkt jedoch nicht froh, sondern beunruhigt, denn staatliche Propagandakräfte waren gerade da und zeigten ihren Unmut über das Angebot. Bald darauf werden 200 Titel beschlagnahmt. Januschkewitsch muss nach kurzer Haft seine Buchhandlung schließen und den Verlag im polnischen Exil neu gründen.

Jede Nische ein Dorn für die staatliche Diskursheheit

Im Oktober 2022 werden einige der eingezogenen Bücher per Gerichtsbeschluss für »extremistisches Material« erklärt, darunter ein Fachbuch von Sviatlana Kazlova zur NS-Agrarpolitik im westlichen Belarus, eine leicht überarbeitete Fassung ihrer Dissertation von 2006. Damit promovierte Kazlova an der Akademie der Wissenschaften in Minsk und arbeitete anschließend mehrere Jahre dort, bevor sie nach Schweden zog. 2019 ließ sie ihr Buch bei Januschkewitsch veröffentlichen. Der Grund für den Gerichtsbeschluss bleibt unbekannt. Möglicherweise soll es eine Mahnung an Forscher*innen in Belarus sein: Ganz unabhängig vom eigentlichen Inhalt bloß Finger weg von der Zusammenarbeit mit unabhängigen Verlagen! Denn diese Verlage und ihre Buchhandlungen sind kulturelle Nischen und damit ein Dorn im Auge des Regimes. Folglich wurden sie schon immer institutionell behindert: Verlegerische Aktivitäten sind genehmigungspflichtig. Heute wagen es die unabhängigen Verlage in Belarus kaum noch, historische Publikationen herauszugeben.

Die Studien von Kazlova und Michaluk sind bei weitem nicht die einzigen historischen Bücher mit Deutschland-Bezug, die man nunmehr weder im Handel noch in Bibliotheken findet und die man auch nicht zu Hause haben sollte, denn in Belarus ist bereits der Besitz von »extremistischem Material« strafbar. Auf der Liste stehen etwa die übersetzten Erinnerungen von Erich von Manstein und Franz Halder, Nachschlagewerke zu Auszeichnungen der Wehrmacht und zur Luftwaffe sowie – auf den ersten Blick überraschend – der Sammelband »Verbrannte Dörfer. NS-Verbrechen an der ländlichen Bevölkerung in Polen und der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg« des deutschen Metropol Verlags aus dem Jahr 2025. Eine Erklärung dafür wäre wiederum der Monopolanspruch der belarussischen Machthaber. Wenn es um die Geschichte »ihres« Landes geht, insbesondere in den kritischen Phasen von etwa 1917 bis Ende der 1940er-Jahre, wollen sie die einzigen sein, die sie deuten dürfen, nicht aber unabhängige Menschen aus dem Ausland. Diese pedantische Kontrollsucht zeugt von der Schwäche dieses starken und doch so nervösen Repressionsapparats.

Siarhei Paulavitski ist ein belarussischer Übersetzer und Dolmetscher und lebt nach seiner Entlassung aus der politischen Haft mittlerweile in Deutschland.

»Dieser Angriff richtet sich gegen alle. Und alle werden im Widerstand gebraucht.«

Ein Gespräch mit der ASF-Partnerorganisation Interreligious Task Force on Central America (IRTF), die sich in Cleveland, Ohio für Migrantenrechte und Solidarität einsetzt

ASF-zeichen: Nach der Tötung von Renée Good, Alex Pretti und weiteren Menschen durch ICE-Agenten gab es landesweit Proteste in den USA. Dies ist ein schwieriger Moment ...

Brian Steffan-Szittai: ... wir haben eine Regierung mit autoritären Tendenzen. Die Razzien der Polizeikräfte von ICE (US Immigration and Customs Enforcement) sind die Verkörperung eines Narrativs, dass Migrant*innen als Ursache für diverse Probleme erklärt.

C Stonebraker-Martinez: Wir sind in den USA von einer militarisierten Bundespolizei quasi besetzt. Sie ist – und ich weiß, dass ASF da wohl sehr sensibel reagiert – in vielerlei Hinsicht der Gestapo nachempfunden und geht auch auf die Sklavenpatrouillen und das Union Busting, das Brechen von Gewerkschaftsprotesten aus der Vorkriegszeit in den USA, zurück. Das demokratische Experiment wurde hier nie vollständig verwirklicht. Das Erbe einer Besatzungsmacht auf gestohlenem Land, das mit gestohlener Arbeitskraft aufgebaut wurde, wirkt immer noch nach. Mit dem Wahlmännergremium und dem Entzug des Wahlrechts [vor allem für diskriminierte Gesellschaftsgruppen, Anm. d. Red.] gab es nie eine echte Repräsentation. Aufgrund von Armut und

systemischer Unterdrückung wirkt sich diese Militarisierung nochmals verschärft auf marginalisierte Gruppen aus.

Wie wirkt sich das konkret auf einzelne Gruppen aus?

Stonebraker-Martinez: Wenn zum Beispiel der vorübergehende Schutzstatus für Menschen aus einem bestimmten Land, wie kürzlich etwa Haiti, plötzlich beendet wird, dann haben 350.000 Menschen keinen legalen Status mehr in den USA. Sie können dann leichter zum Ziel von Strafverfolgung und staatlicher Willkür werden. Eigentlich spielt es schon gar keine Rolle mehr, ob jemand einen Schutzstatus hat oder nicht: Selbst US-Bürger*innen oder Menschen, die in US-Territorien wie Puerto Rico leben, wurden willkürlich inhaftiert, ebenso indigene Menschen, obwohl sie unter besonderem Schutz stehen. Vor allem Schwarze und Braune Menschen geraten häufiger ins Visier der Staatsmacht, es trifft aber Menschen aller Backgrounds. Der Angriff auf unsere Bürgerrechte trifft letzten Endes alle in den USA.

Was kann man dagegen unternehmen?

Stonebraker-Martinez: Es gibt für jeden eine Aufgabe: Gehbehinderte Großeltern

gehen einfach auf ihre Veranda und pfeifen mit ihren Trillerpfeifen, um vor einer Razzia zu warnen. Körperlich noch gesunde Rentner*innen sind zu unseren neuen Schülerlots*innen geworden. Sie begleiten Kinder, die sich nicht allein zur Schule trauen, oder sie bieten digitalen Unterricht an. Und es gibt Menschen, die sogar ihre Gemeinschaft persönlich verteidigen: Wenn ICE in einer Gemeinde auftaucht, filmen und protestieren privilegierte Menschen. In Minneapolis waren die Behörden schnell überfordert, wenn sie von Gemeindemitgliedern zahlenmäßig übertroffen wurden, sodass wir glücklicherweise Festnahmen und Abschiebungen – sie sind oftmals ungerechtfertigt und damit eher Entführungen – verzögern konnten. In der Menge sind wir stärker. Es ist unsere aller Aufgabe, unsere Nächsten zu lieben und Anderen gute Nachbar*innen zu sein.

Salim Albert: IRTF ist zur Zeit vor allem am Community Organizing beteiligt. Wir arbeiten nicht nur direkt mit Klient*innen zusammen, sondern auch mit anderen NGOs und vielen privaten Netzwerken, die sich gerade in den Nachbarschaften organisieren. Das Chaos, das ICE über die Stadt Minneapolis und ihre Menschen bringt, führt dazu, dass Leute durch die Straßen fahren und Nummernschilder

möglicher Einsatzwagen überprüfen oder Menschen im Versteck mit Essen versorgen.

Wie fühlen sich die betroffenen Menschen?

Stonebraker-Martinez: Ich selbst bin ein Kind aus einer Migrantenfamilie. Viele dieser Menschen sind jetzt mit Bedingungen konfrontiert, vor denen sie doch eigentlich in die USA geflohen waren. Das ist eine erneute Traumatisierung.

Albert: Diese Politik zwingt immer mehr Menschen zu »self deportations« oder aber in die Illegalität. Die am stärksten gefährdeten Menschen werden in eine Not-situation gebracht, in der eine »freiwillige« Ausreise weniger schwierig erscheint als ein Verbleib im Land. Ich sprach mit einer Person, die in einem Nachbarschaftszentrum arbeitet. Mitten in ihrem Asylverfahren wurde sie aufgefordert, sich regelmäßig bei den Immigrationsbehörden zu melden. Für sie ist es im Grunde wie ein Würfelspiel: Soll ich das Asylverfahren fortsetzen und riskieren, beim Erscheinen inhaftiert zu werden? Oder gebe ich jede Hoffnung auf und werde in diesem Land zu einem Menschen ohne Papiere? Das ist einfach grausam.

Treffen die Repressionen IRTF als NGO, die Migrantenrechte vertritt?

Stefan-Szittai: Wir sind bewusst dezentral organisiert, arbeiten mit vielen Partnerorganisationen und vielen neuen Freiwilligen. Wir begleiten und verteidigen nach wie vor Menschen vor Gericht oder bei ICE-Terminen, wir leisten nun aber auch ganz viel praktische Solidarität. Wir wissen nicht, ob wir im Moment im Visier der Behörden stehen, aber das wäre nicht überraschend.

Wie trifft die Politik der Regierung andere sozial benachteiligte Menschen?

Albert: Staatliche Hilfen wie Sozialversicherungsleistungen und Lebensmittelmarken wurden gekürzt, die ohnehin schon nicht ausreichten, was viele Obdachlose hart trifft ...

Stonebraker-Martinez: Wichtig ist dabei, dass die neue Welle an gegenseitiger Hilfe auch Obdachlose und Transgender-Personen zugutekommt, die wie Einwanderer*innen möglicherweise keine Papiere haben und leicht ins Visier der Strafverfolgungsbehörden geraten können.

Wie verhalten sich die Regierungen in Lateinamerika, wie wirken sich die US-Entwicklungen auf die dortige Menschenrechtslage aus?

Stefan-Szittai: Die US-Regierung fördert eher konservative, rechtsgerichtete Kräfte in Mittelamerika und kritisiert andere wie den linksgerichteten Präsidenten Kolumbiens. Selbst moderate Regierungen werden nun zu Maßnahmen gedrängt, weil sie sonst eine US-Intervention fürchten – in Guatemala etwa wurde deswegen der Notstand verhängt. In Honduras wiederum ist wieder ein konservativer Präsident an der Macht. Alle erwarten eine Rückkehr zur alten »Narco-Diktatur«. Besonders auffällig ist Präsident Bukele aus El Salvador, der sich eifertig an US-Abschiebungen beteiligte. Er brüstet sich selbst als »coolsten Diktator der Welt« und geht mit Trump Hand in Hand – das sendet eine starke Botschaft. Auch die Situation in Venezuela ist sehr seltsam: Der Diktator wurde festgenommen, doch die alte Garde darf bleiben. Trump verfolgt keine Werte oder Vision, sondern schustert sich seine Außenpolitik nach bestimmten Interessen zusammen.

Worauf setzt IRTF in der Region?

Stonebraker-Martinez: Vor allem interreligiöse Ansätze sind aus unserer Sicht in der Lateinamerika-Solidarität gefragt. Wir glauben an die Befreiungstheologie der Armen und Unterdrückten. Daher inspiriert der Widerstand in Minneapolis besonders, weil sich alle daran beteiligen ...

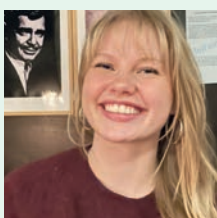
Stefan-Szittai: ... dabei haben wir das Jahr 2025 noch mit der Märchenerzählung begonnen, dass diese immigrentenfeindliche Rhetorik das sei, was die Menschen in den USA wollten. Menschen wie die in Minneapolis zeigen uns, dass das überhaupt nicht der Fall ist.

Stonebraker-Martinez: Ich möchte noch etwas Schwieriges sagen, so sehr wir unsere Beziehung zu ASF und den Freiwilligen schätzen: Für uns war Palästina ein Lackmustest, den die US-Regierung mit ihrer Unterstützung der israelischen Regierung nicht bestanden hat. Wir sehen nun in den USA Praktiken, die seit Jahrzehnten gegen Palästinenser*innen angewendet werden. Wir hoffen, die Menschen darüber aufzuklären, natürlich auf liebevolle Weise.

Danke für das Gespräch und euer unerschütterliches Engagement für die Community in Cleveland.

Dr. Monika Moyrer ist ASF-Landesbeauftragte in den USA und führte das Interview. **Brian Stefan-Szittai** und **C Stonebraker-Martinez** sind Co-Direktoren von IRTF. **Salim Albert** leistet aktuell seinen ASF-Freiwilligendienst bei IRTF im Rahmen des Internationalen Jugendfreiwilligendienstes (IJFD).

Im ASF-zeichen 02/2025 berichtete die ASF-Freiwillige Lilly Wehrmann über die Hilfsaktionen von IRTF und Partnerorganisationen entlang der Fluchtrouten durch die Wüste in Arizona.



Inka aus Frankfurt am Main unterstützt ab September Menschen mit Behinderung in der Lebensgemeinschaft Innisfree in Crozet, Virginia, USA.

Freiwillige ein Jahr begleiten,
Engagement ermöglichen

Jetzt eine Patenschaft übernehmen!

www.asf-ev.de/freiwilligenpatenschaften



Antidemokratische Allianzen

Vom demokratischen Rückbau in Israel und der Zusammenarbeit mit europäischen Rechtsextremen

Maja Sojref

Unter der Überschrift »Wie die EU versucht, die israelische Regierung zu stürzen« beschuldigte 2020 der damalige AfD-Europaabgeordnete Joachim Kuhs die EU und Deutschland, »linksextreme und anarchistische Organisationen« in Israel zu finanzieren.¹ Kuhs veröffentlichte zu der Zeit regelmäßig auf der israelischen Nachrichtenplattform »Arutz Sheva«, die als Sprachrohr der Siedlerbewegung gilt. Dabei porträtierte er die AfD als »die am meisten pro-israelische Partei im Deutschen Bundestag« und bezeichnete die EU und die Ampelkoalition als »Feinde Israels«.

Ein besonderer Dorn im Auge war Kuhs die Arbeit von Menschen- und Bürgerrechtsorganisationen in Israel und den besetzten Gebieten. In dem Artikel bezog Kuhs sich auf »Standing Together«, die im Rahmen der sogenannten »Balfour-Proteste« Demonstrationen gegen den der Korruption verdächtigten und inzwischen angeklagten Premierminister Netanjahu organisierten. Er zielte dabei auch auf Human Rights Defenders Fund und HaMoked – Center for the Defense of the Individual, die Rechts-hilfe für Demonstrierende leisteten.² In Kuhs Augen war dieses Engagement nicht etwa der Ausdruck einer demokratischen Zivilgesellschaft, die sich für Transparenz und Rechtsstaatlichkeit engagierte, sondern vielmehr Teil eines »versuchten Umsturzversuches«. Dabei folgte Kuhs der Argumentation des Abgeordneten Ariel Kallner von Netanjahus Likud-Partei, der bei der damaligen deutschen Botschafterin Susanne Wasum-Rainer gegen eine deutsche Unterstützung der genannten Organisationen protestierte – und der Initiator eines aktuellen Gesetzesentwurfs zur drakonischen Besteuerung von Nichtregierungsorganisationen ist.

Kuhs publizistische Arbeit ist nur ein kleiner Ausschnitt der Zusammenarbeit zwischen der AfD und antidemokratischen Kräften in Israel. Dabei verbindet beide Seiten mehr als ein aggressiver, von populistischer Rhetorik getragener Ethno-nationalismus sowie eine geteilte Feindschaft gegenüber Muslim*innen, Migrant*innen, der kritischen Zivilgesellschaft und unabhängigen Medien. Vielmehr bietet die Zusammenarbeit mit rechtsnationalistischen Akteur*innen in Israel der AfD die Möglichkeit, von den eigenen rechtsextremen, revisionistischen und antisemitischen Positionen abzulenken und sich in Deutschland als Partei der bürgerlichen Mitte zu inszenieren. Gleich-

zeitig finden die israelische Siedlerbewegung und ihre Regierungsvertreter*innen in der AfD eine Partnerin, die den illegalen Siedlungsbau und die Annexionspolitik verteidigt und vor Kritik aus Deutschland und der EU schützt.

Die antidemokratischen Allianzen zwischen rechten Kräften in Europa und Israel treten seit Amtsantritt der aktuellen Netanjahu-Regierung noch offener und selbstbewusster als zuvor zutage. Neu sind diese Verbindungen jedoch nicht: Kontakte zwischen der europäischen extremen Rechten und rechtsnationalistischen bis rechtsextremen Akteur*innen in Israel, auch im Umfeld der Regierungspartei Likud, sollen bis in die 2000er-Jahre zurückreichen. Was sich verändert hat, ist der Grad ihrer politischen Normalisierung. Längst gelten Kontakte zu rechtsextremen Parteien in Europa nicht mehr als Tabu, auch wenn diesen Parteien Holocaust-Leugner*innen, Neo-Faschist*innen und Antisemit*innen angehören. Bereits 2010 reiste eine Delegation der Europäischen Allianz für Freiheit, darunter Geert Wilders aus den Niederlanden, Filip Dewinter aus Belgien, Heinz-Christian Strache aus Österreich, auf Einladung der Likud nach Tel Aviv, um über den »Krieg gegen den Terror« zu sprechen. Im Kontext der gewachsenen internationalen Kritik an der israelischen Siedlungspolitik und an Menschenrechtsverletzungen in Gaza und im Westjordanland haben diese Verbindungen für die israelische Regierung noch mehr an Bedeutung gewonnen. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán etwa, zu dem Netanjahu trotz Orbáns antisemitischer Kampagnen gegen den jüdischen Philanthropen George Soros enge Beziehungen pflegt, positioniert sich auf europäischer Ebene regelmäßig als verlässlicher Verteidiger Israels, etwa beim Ausbremsen von kritischen EU-Resolutionen.

Fragwürdige Allianz im Kampf gegen Antisemitismus

Diese Zusammenarbeit erstreckt sich auch auf das Feld der Antisemitismusbekämpfung. So liest sich die Gästeliste einer »Internationalen Konferenz zur Bekämpfung von Antisemitismus«, die 2025 und 2026 von der israelischen Regierung organisiert wurde, wie ein Who's who der internationalen Rechten. Zunächst ernteten die Organisator*innen dafür Widerspruch:

Als 2025 beispielsweise der Vorsitzende des französischen Rassemblement National Jordan Bardella an der Konferenz teilnahm, boykottierten viele Organisationen und Intellektuelle aus der jüdischen Diaspora die Konferenz. Im Januar 2026 gab es deutlich weniger Gegenwind, trotz der Teilnahme von Geert Wilders und anderen Rechtsextremist*innen.

So dringend ein breit getragener Kampf gegen Antisemitismus angesichts einer neuen Welle von Hass und Hetze gegen Jüdinnen*Juden seit dem Terror des 7. Oktobers ist: Entgegen ihrer hehren Solidaritätsadressen verengen und instrumentalisieren Rechtsextreme dieses Engagement und schwächen es damit de facto. Denn sie nutzen ihre vorgebliche Solidarität mit jüdischen Gemeinschaften und mit Israel ganz gezielt für ihre nationalistische und rassistische Mobilisierung, während antisemitische und geschichtsrevisionsistische Positionen innerhalb der eigenen politischen Netzwerke ausgeblendet werden. Für jüdische Gemeinschaften in Europa, die immer stärker bedroht und angegriffen werden, bedeutet die Aufwertung rechtsextremer Kräfte daher keinen Schutz. Im Gegenteil: Sie stabilisiert politische Milieus, die von Ausgrenzung, Feindbildkonstruktionen und autoritären Ordnungsversprechen leben. Das stellt für jüdische wie für andere marginalisierte Gemeinschaften eine existenzielle Gefahr dar.

Das Beispiel der Konferenzen zeigt daher nicht nur, wie wichtig es ist, dieser Instrumentalisierung und Vereinnahmung der Antisemitismusbekämpfung laut zu widersprechen. Es macht abermals deutlich, dass demokratische Kräfte ihre Zusammenarbeit deutlich intensivieren müssen. Angesichts transnational hervorragend vernetzter antidemokratischer Allianzen (s. Beitrag von Th. Greven, S. 4). braucht es eine viel stärkere Vernetzung der demokratischen Zivilgesellschaften in Israel und Europa. Dabei wird entscheidend sein, Bedrohungen für jüdisches Leben in Europa ebenso ernst zu nehmen wie den zunehmenden antimuslimischen Rassismus. Wir müssen beiden wirksam begegnen, ohne unterschiedliche Formen von Diskriminierung gegeneinander auszuspielen. Zugleich gilt es, Koalitionen zu reparieren, die seit dem 7. Oktober 2023 im Kontext der Israel-Palästina-Frage und einseitiger Solidaritätsbekundungen zerbrochen sind. Nur so kann es gelingen, voneinander zu lernen und Strategien zu entwickeln, um dem rechtsextremen Allianzstreben, antisemitischer und rassistischer Menschenfeindlichkeit aus unterschiedlichen politischen Milieus sowie der schrittweisen Aushöhlung von Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und Grundrechten durch rechtsextreme Kräfte wirksam zu begegnen.

Besonderheiten des demokratischen Rückbaus in Israel

Der demokratische Rückbau in Israel ist Teil einer globalen autoritären Wende. Die Strategien der Netanjahu-Regierung zur Aushöhlung der israelischen Demokratie weisen deutliche Parallelen zu Entwicklungen in Ländern wie Ungarn oder Polen

auf. Wie dort werden rechtsstaatliche Kontrollmechanismen geschwächt, unabhängige Institutionen politisiert und regierungskritische Stimmen delegitimiert. Doch darüber hinaus unterliegt die Entwicklung in Israel Besonderheiten des politischen Systems und der politischen Kultur. Hinzu kommt die israelische Besatzung palästinensischer Gebiete, die Bedrohung des jüdischen Staates durch Krieg und Terror sowie die fehlende Trennung von Staat und Religion, die den laufenden Demokratieabbau im Land besonders prägen.

Die amtierende israelische Regierung betreibt ein Programm des umfassenden und rasanten demokratischen Rückbaus – und das ungeachtet der immensen Gegenproteste und selbst noch nach der Zäsur der Terrorangriffe vom 7. Oktober 2023 und des darauffolgenden Krieges in Gaza. Sie setzt dabei insbesondere auf jene Gesetzesinitiativen, die sie beschönigend als »Justizreformen« bezeichnet: Sie möchte damit den Obersten Gerichtshof in seinen Rechten beschneiden, die Entscheidungen der Regierung überprüfen und gegebenenfalls revidieren zu können. Auch verfolgt sie insgesamt eine Politisierung der Judikative. Die Initiator*innen der »Justizreformen« behaupten, dass damit die demokratische Kontrolle gewählter Volksvertreter*innen über Institutionen wie den Obersten Gerichtshof gestärkt werde. Kritiker*innen sprechen dagegen von einem Justizcoup und bescheinigen der Regierung, die Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit im Land massiv beschädigt zu haben.

Zugleich dienen die Angriffe auf die Justiz den Koalitionspartnern auch dazu, ganz konkrete politische Projekte zu verfolgen, bis hin zu laufenden Verfahren: Premier Netanjahu muss sich weiterhin wegen Korruption vor Gericht verantworten. Eine Schwächung der Justiz sowie der Generalstaatsanwältin liegen daher auch in seinem persönlichen Interesse. Währenddessen wollen seine ultraorthodoxen Koalitionspartner verhindern, dass junge Männer aus ihrer Gemeinschaft zum Armeedienst eingezogen werden, wie es für die restliche jüdisch-israelische Gesellschaft selbstverständlich ist. Bisher weigert sich die Regierung, ein entsprechendes Urteil des Obersten Gerichtshofes umzusetzen. Immer wieder kommt es zu gewalttätigen Ausschreitungen gegen die Rekrutierung ultraorthodoxer Männer. Währenddessen treiben Siedlervertreter wie die Minister Bezalet Smotrich und Itamar Ben Gvir den illegalen Siedlungsbau und die Annexion des Westjordanlandes voran, indem sie etwa Verwaltungsbefugnisse auf eine zivile Behörde übertragen haben. Die Einschränkung gerichtlicher Kontrollbefugnisse erleichtert diese Politik erheblich.

Aufgrund fehlender Schutzmechanismen ist die israelische Demokratie besonders anfällig für demokratischen Rückbau: Israel hat keine Verfassung, keine zweite Parlamentskammer und kein föderales System. Ein starker Personenkult um den Premierminister und Likud-Vorsitzenden Netanjahu sowie eine starke affektive politische Polarisierung haben die öffentliche Unterstützung für den Umbau des Justizsystems zusätzlich befördert. Dabei verlaufen die Gräben zum Teil zwischen sä-

kularen und religiösen beziehungsweise ultraorthodoxen Israelis, aber auch entlang sozioökonomischer Gefälle zwischen den urbanen Zentren und der Peripherie. Zusätzlich beansprucht die Netanjahu-Koalition in populistischer Rhetorik nicht nur für sich, die Interessen »des Volks« gegenüber »den Eliten« zu repräsentieren. Sie instrumentalisiert auch verbreitete Ängste in der Bevölkerung und das zentrale Bedürfnis nach Sicherheit, um politische Opposition zum Justizumbau als antiisraelisch zu delegitimieren und Proteste als Bedrohung für die nationale Sicherheit darzustellen. So behaupteten Vertreter*innen der israelischen Regierung nach den Terroranschlägen der Hamas am 7. Oktober 2023, bei denen mehr als 250 Menschen aus Israel nach Gaza entführt wurden, die Massenproteste für ein Abkommen zur Freilassung der Geiseln würden der Hamas helfen oder die Demonstrierenden seien gar ein »Ableger der Hamas«.

Diese Rhetorik ist nur eines von vielen Beispielen der Verrohung der israelischen Debattenkultur, die sich auch im israelischen Parlament, der Knesset, niederschlägt. Wie ich bei einem jüngsten Besuch selbst beobachten konnte, sehen sich Oppositionsabgeordnete sowie Expert*innen aus Verwaltung und Zivilgesellschaft dort massiven verbalen Angriffen und Einschüchterungen seitens der Koalition ausgesetzt. Rechts-extreme Influencer*innen laden Videos von lautstarken Beschimpfungen bei reichweitenstarken TikTok-Accounts hoch, um Betroffene zusätzlich zu demütigen. Abgeordnete der Opposition wie Naama Lazimi, die bei Protesten gegen den Justizcoup extreme Polizeigewalt erlebt haben, werden als links-extremistisch diffamiert. Betroffene diskutieren mittlerweile, ob sie ihren Mitarbeitenden solche Anhörungen überhaupt noch zumuten können. Hinzu kommt, dass Vertreter*innen der Netanjahu-Regierung die Kontrollfunktion des Parlamentes behindern, da sie Ausschusssitzungen fernbleiben, relevante Daten nicht oder nur selektiv offenlegen und parlamentarische Anfragen unbeantwortet lassen. Dies trägt zu einer schleichenden Entwertung parlamentarischer Verfahren zugunsten der Exekutive bei.

Der Niedergang der israelischen Demokratie sei nicht mehr länger ein Szenario, vor dem es zu warnen gilt, sondern »eine Tatsache«, so die Tageszeitung Haaretz unter Berufung auf führende Wissenschaftler*innen: »Die Geschichte zeigt, dass es schwierig ist, diesen Trend umzukehren, denn Zerstörung kann innerhalb einer Minute geschehen, während Reparaturen bestenfalls mehr Zeit erfordern.«³

Zivilgesellschaftliches Engagement unter Druck

Eine weitere Dimension sind die Angriffe auf die Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Die Polizei begegnet den Massenprotesten gegen den Justizcoup teils mit extremer Gewalt. Proteste gegen den Krieg in Gaza waren unmittelbar nach dem 7. Oktober 2023 komplett verboten und der damalige Polizeichef Ya'akov »Kobi« Shabtai drohte auf dem arabischen TikTok-Kanal der Polizei, alle jene auszuweisen, die »sich mit Gaza identifizieren«. Später wurden Proteste zwar zugelassen, unterlagen jedoch oft willkürlichen Auflagen. Besonders betroffen sind palästinensische Bürger*innen Israels. Menschen- und Bürgerrechtsorganisationen berichten von hunderten von Fällen, in denen Palästinenser*innen mit israelischer Staatsbürgerschaft wegen Äußerungen der Empathie mit der Zivilbevölkerung in Gaza von der Polizei vorgeladen oder verhaftet wurden, sie bedroht wurden oder ihren Job verloren haben.

Israels rechte Regierung versucht außerdem, zivilgesellschaftliche Organisationen zu delegitimieren und zu behindern. Besonders im Visier stehen Akteur*innen, die Menschenrechtsverletzungen im besetzten Westjordanland und im Gaza-Streifen dokumentieren, die gegen den Justizumbau protestieren oder jüdisch-palästinensische Zusammenarbeit fördern. Auf Initiative des Likud-Abgeordneten Kallner wird in der Knesset über einen neuen Gesetzentwurf zur Besteuerung von Nichtregierungsorganisationen debattiert, der sich an Russlands Gesetzgebung zu »ausländischen Agenten« von 2012 orientiert. Laut dem aktuellen Entwurf müssten Organisationen, die über eine bestimmte Schwelle hinaus Zuwendung ausländischer Regierungen oder nachgeordneter Institutionen, darunter auch Mittel deutscher Stiftungen oder kirchlicher Hilfswerke, erhalten, eine dreijährige Verpflichtungserklärung unterzeichnen, keine Demonstrationen oder Kampagnen zu organisieren oder öffentliche Kritik an der Regierung zu äußern. Eine Weigerung würde eine Steuer von 23 Prozent auf die ausländischen Zuwendungen auslösen, bei Verstößen wären es sogar 46 Prozent. Sollte das Gesetz verabschiedet werden, stünde die demokratische Zivilgesellschaft in Israel also vor der Wahl zwischen Schweigen und finanziellem Ruin. Zusätzlich sieht der Entwurf vor, dass betroffene Organisationen deutlich höhere Gebühren bei Verfassungsbeschwerden vor dem Obersten Gericht zahlen müssten. Dieser Schritt würde es für kleinere Organisationen unmöglich machen, gegen Entscheidungen der Regierung auf dem Rechtsweg vorzugehen und den demokratischen Grundsatz von gleichem Zugang zu Rechtsmitteln erheblich beschädigen.

Kritiker*innen sehen in dem Gesetz zur NGO-Besteuerung den Versuch, insbesondere Bürgerrechtsorganisationen zum Schweigen bringen. Darüber hinaus würde eine drakonische Besteuerung von Nichtregierungsorganisationen Israels eigentlich sehr lebendige demokratische Zivilgesellschaft insgesamt schwächen und den Boden für weitere autoritäre Maßnahmen bereiten. Denn wie können demokratische Prinzipien noch verteidigt werden, wenn Menschenrechtsorganisationen Gesetze oder Kabinettsentscheidungen nicht mehr auf dem Rechtsweg anfechten, Grassroot-Initiativen nicht gegen Missstände mobilisieren und investigative Journalist*innen keine Korruption oder Desinformation mehr aufdecken können?

Zivilgesellschaftliche Allianzen zwischen Deutschland und Israel

Auch wenn es nach mehr als drei Jahren seit Beginn des Justizcoups, nach den Terroranschlägen im Süden Israels, dem Krieg im Gaza und dem andauernden Krieg mit dem Iran wie eine leere Formel klingen mag: Israel steht vor existenziellen Bedrohungen – von außen, aber auch von innen. Die anstehenden Wahlen sind von zentraler Bedeutung für die Zukunft der israelischen Demokratie. Aktuell befürchtet die Opposition, dass die Koalition mit ihrer dünnen Mehrheit in der Knesset arabische Parteien oder einzelne Oppositionskandidat*innen disqualifizieren wird und dass der Oberste Gerichtshof das dieses Mal nicht revidieren wird. Die Wahl wird entscheiden, ob es eine Mehrheit jenseits von Netanjahu und damit einen Ausweg aus der aktuellen demokratischen Krise gibt und auch eine Perspektive, die faktische Annexion des Westjordanlandes rückgängig zu machen. Doch institutionelle Korrekturen allein reichen dafür nicht, es geht um eine umfassende demokratische Erneuerung. Entscheidend wird sein, ob es gelingt, die Massenmobilisierung gegen den Justizcoup und aus der Geisel-Solidaritätsbewegung in eine politische Kraft im Parlament zu transformieren. Und ob aus diesem Wandel neuer gesellschaftlicher Zusammenhalt sowie gleichberechtigte Teilhabe für alle Bürger*innen des Landes entstehen können.

Israels mutige demokratische Zivilgesellschaft braucht heute jede nur erdenkliche Unterstützung. Insbesondere in einer Zeit, in der der US-amerikanische Präsident selbst Demokratie und Zivilgesellschaft angreift, gewinnt die Unterstützung Europas zusätzlich an Bedeutung. Die Situation erfordert mehr als bloß rhetorisches Engagement. Europäische Regierungen ebenso wie die Zivilgesellschaften können und sollten deutlich mehr tun, um den demokratischen Akteur*innen Israels beizustehen. Zivilgesellschaftliche Austauschformate zwischen Israel und Deutschland, die in den vergangenen drei Jahren weitgehend zum Erliegen gekommen sind, sollten dringend wiederbelebt werden.

Dies ist keine Einbahnstraße. Der israelische Fall bietet wertvolle Lehren für andere Länder, die mit demokratischem Rückbau konfrontiert sind: von der Mobilisierung von Menschen, die noch nie zuvor protestiert haben, wie es »Standing Together« gelungen ist, über die Bekämpfung von Desinformation mit modernsten digitalen Werkzeugen – wie »Mehazkim« es vormacht – bis hin zum Aufbau von Infrastruktur wie dem »Citizens' Hub«, der Rechtshilfe, psychologische Unterstützung und vieles mehr aus einer Hand bietet. Angesichts strategisch vernetzter antidemokratischer Allianzen braucht es ebenso strategisch vernetzte demokratische Antworten, als Zeichen der internationalen Solidarität und als wirksamer Impuls für die Demokratie vor der eigenen Haustür

Maja Sojref ist Geschäftsführerin des New Israel Fund (NIF) Deutschland, der für die Unterstützung der israelischen Zivilgesellschaft mobilisiert und den Austausch mit Initiativen in Deutschland fördert.

An dem Beitrag hat Greta Paul mitgearbeitet.

- 1 Joachim Kuhs, in: Israel National News (30.10.2020): How the EU is trying to overthrow the Israeli government; www.israelnationalnews.com/news/290177 [Abruf 24.03.2026].
- 2 Alle drei Organisationen sind Partnerorganisationen des New Israel Fund.
- 3 Michael Hauser Tov, in: Haaretz (24.01.2026): Netanyahu's 11 Moves Taking Israel From Democracy Toward Authoritarian Rule; <https://www.haaretz.com/israel-news/2026-01-24/ty-article-magazine/premium/netanyahus-11-moves-taking-israel-from-democracy-toward-authoritarian-rule/0000019b-dbad-d4f5-a7ff-dfbd42160000> [Abruf 24.03.2026].



Valerie aus Niedernhausen hilft ab September in Amsterdam bei der Herstellung und Verlegung von Stolpersteinen.

Freiwillige ein Jahr begleiten,
Engagement ermöglichen
Jetzt eine Patenschaft übernehmen!
www.asf-ev.de/freiwilligenpatenschaften





Sie bringen die Leute dazu, sich zu betrinken, russische Serien zu glotzen – nur nicht zu viel nachdenken. Alles okay für sie, dass die Leute trinken, depressiv werden, dass sie nicht wissen, was sie tun sollen, bis die Leute gar nichts mehr tun.

Jenia



While I was waiting



Belarus

Die Demokratie nach dem Terror

15 Jahre nach den Anschlägen in Oslo und auf Utøya

Am 22. Juli 2011 erlebte Norwegen den schwersten Anschlag der Nachkriegszeit. Ein Rechtsextremist zündete zunächst eine Bombe im Regierungsviertel von Oslo und verübte anschließend ein Massaker im Sommerlager der Jugendorganisation der Arbeiterpartei auf der Insel Utøya. 77 Menschen wurden getötet, die meisten von ihnen junge politische Aktivist*innen. Fünfzehn Jahre später prägen die Anschläge nach wie vor die norwegische Gesellschaft. Die Debatte über Extremismus, politische Polarisierung und die Widerstandsfähigkeit demokratischer Institutionen dauert an. In diesem Interview reflektiert Oda Okkenhaug, dessen Bruder Emil Okkenhaug auf Utøya ums Leben kam, über Erinnerung, politisches Engagement und den Druck, dem Demokratien heute ausgesetzt sind.

Emmaly Meyer: Diese Anschläge haben die gesamte Gesellschaft erschüttert, aber du hast durch den Verlust deines Bruders eine noch persönlichere Verbindung dazu. Was für ein Mensch war Emil?

Oda Okkenhaug: Er war zwei Jahre älter als ich. Wenn ich an ihn denke, denke ich an Geschwisterrivalität und an unsere Streitereien. Aber wenn man andere fragt, sagen sie, dass er beliebt und freundlich war und dass er wirklich wollte, dass sich alle einbezogen fühlen. Gerechtigkeit lag ihm am Herzen. Er sprach auch oft davon, wie glücklich er war, in Norwegen zu leben, ein so sicherer Ort zum Aufwachsen.

Was bedeutete politisches Engagement für ihn?

Er wurde Anfang 2011 Mitglied der Jugendpartei AUF. In seiner Klasse gab es viele engagierte Leute. Sein bester Freund, Gaute, der heute Vorsitzender der Jugendpartei ist, war bereits dabei und warb alle an. Es gab auch jemanden von der konservativen Jugendpartei und andere, die sich für Umweltfragen interessierten. Ihr Lehrer sagte, es sei die beste Klasse gewesen, die er je gehabt habe, weil sie so viel Respekt voreinander zeigten. Ich glaube, er wollte die Welt zu einem besseren Ort machen.

Warum hat er sich entschieden, zum Utøya-Sommercamp zu fahren?

Er war schon im Jahr zuvor dort gewesen. Als er zurückkam, verbrachte er ein ganzes Jahr damit, Leute zu rekrutieren. Irgendwann hatte fast die ganze Klasse vor, mitzufahren. Am Ende fuhren sechs Jungen. Für ihn war es der Höhepunkt des Sommers. Er hatte uns von den politischen Workshops erzählt, aber auch von den Fußball- und Volleyballturnieren, den Konzerten, dem nächtlichen Schwimmen, von Smoothies und Slush an den Ständen.

Eigentlich war Utøya ein offener Ort des demokratischen Austauschs – doch die Gewalt machte es dann zu einem Symbol dafür, wie direkt Extremismus dieses politische Engagement ins Visier nehmen kann. Wie erinnerst du dich an den Tag der Anschläge?

Meine Eltern, meine Schwester und ich waren am Tag zuvor nach Dänemark gefahren. Ich erinnere mich, wie ich zur Rezeption ging und die Nachrichten über eine Bombenexplosion in Oslo sah. Mein erster Gedanke war: Jetzt ist es auch in Norwegen passiert. Ich war damals dreizehn. Später rief mein Vater einen Freund an, dessen Sohn ebenfalls auf Utøya war. Der sagte: Jemand schießt auf Utøya. Mein Sohn ist in Sicherheit, aber von deinem Sohn habe ich noch nichts gehört. Wir eilten zurück. Als wir bei dem Hotel ankamen, in dem sich Überlebende und Familien versammelt hatten, herrschte Chaos. Die Menschen weinten, einige Eltern wurden mit ihren Kindern wieder vereint, andere suchten noch immer. Wir sprachen mit den Freunden meines Bruders. Das letzte Mal hatten sie mit ihm gesprochen, kurz bevor die Schießerei begann. Er war auf die Toilette gegangen, und danach hörte niemand mehr etwas von ihm.

Die folgenden Tage waren bestimmt von kollektiver Trauer, aber auch von einer ungewöhnlichen Solidarität. Wie steht es heute um die Gesellschaft und Demokratie im Land?

Ich finde es wichtig, die eigene Stimme zu erheben, und wenn man gefährliche Rhetorik sieht, hat man die Verantwortung, etwas dagegen zu tun. Ich mache mir Sorgen um das Debattenklima und die gesellschaftliche Polarisierung: Gerade auch um junge Männer, die online – von Algorithmen angetrieben – immer tiefer in dunkle Echokammern voller Hass und

Gewalt geraten. Wenn man über Demokratie spricht, klingt das manchmal sehr abstrakt – aber die Folgen politischer Gewalt sind so brutal. Deshalb ist es so wichtig, die Demokratie zu schützen.

Du verstehst die Anschläge vom 22. Juli also als einen Angriff auf die Demokratie als solche?

Ja, auf jeden Fall. Es war aber ein Angriff auf vieles: Lange haben wir nur von einem Angriff auf die Demokratie gesprochen. Nach etwa zehn Jahren begannen wir auch zu sehen, dass es ein gezielter Angriff auf die Arbeiterpartei, die Jugend der Arbeiterpartei AUF und ihre Werte war. Das ist wichtig, denn wir müssen uns fragen, was an diesen Werten sie zu einem Ziel für diese politische Gewalt gemacht hat. Es war also ein Angriff auf die Demokratie, genauer betrachtet aber auch auf Solidarität, Gleichheit und Mitgefühl.

Wird Rechtsextremismus heute politisch ernst genug genommen?

Wenn wir über die Terrorgefahr sprechen, denken die Menschen oft an Muslime. Darum dreht sich die Debatte. Aber wenn wir über Rechtsextremismus sprechen, verwenden wir andere Begriffe. Wenn von »Terroristen« die Rede ist, assoziieren die Menschen oft nicht den Mann, der in Norwegen 77 Menschen getötet hat. Man spricht von den »Anderen«. Es fällt uns schwer anzuerkennen, dass die-

ser Hass in unserem nächsten Umfeld existiert. Vielleicht ist es eine Art Abwehrmechanismus. Trotzdem engagieren sich junge Menschen aber weiter für die Demokratie.

Nun sind fünfzehn Jahre vergangen. Was gibt dir heute Hoffnung für die Demokratie?

Es ist sehr wichtig, dass politische Debatteorte wie solche Jugendcamps noch existieren. Wenn man will, dass die Gesellschaft vorankommt, können sich nicht alle Menschen einig sein. Man muss mit Menschen reden, mit denen man nicht einer Meinung ist. Wenn man lernt, wie man diskutiert und trotz politischer Differenzen einander verbunden bleibt, dann funktioniert die Demokratie.

Hat sich dein Vertrauen in demokratische Institutionen seit dem Anschlag verändert?

Der Gerichtsprozess nach den Anschlägen war sehr wichtig. Er hat bewiesen, dass wir die Regeln nicht für eine einzelne Person ändern – egal wie schlimm ihre Taten sind. Das ist unser Rechtssystem, und alle durchlaufen dasselbe System; niemand steht über oder unter dem Gesetz. Das zeugt von demokratischer Widerstandsfähigkeit. Aber wenn ich mir die USA anschau, ist der Rückschritt der Demokratie selbst aus der Ferne beängstigend.

Fünfzehn Jahre nach Utøya ringt Norwegen immer noch mit dem Erbe der Anschläge. Die unmittelbare Antwort des damaligen Premierministers, Jens Stoltenberg, auf diesen Terror war: »Noch mehr Demokratie. Noch mehr Menschlichkeit. Aber niemals Naivität.« Dieser Anspruch bleibt ein Ziel. Doch wie Oda Okkenhaugs Überlegungen zeigen, wird Demokratie nicht nur in Krisenzeiten auf die Probe gestellt, sondern auch dann, wenn Gesellschaften mit Polarisierung, Extremismus und dem langsamen Verlust von Vertrauen im Laufe der Zeit umgehen müssen.

Das Gespräch führte **Emmaly Meyer**, aktuell ASF-Freiwillige*r in der Gedenkstätte des ehemaligen SS-Strafgefangenenlagers Falstad nahe Trondheim. Der Freiwilligendienst findet im Rahmen des *Internationalen Jugendfreiwilligendienst (IJFD)* statt.



Laura aus Bad Vilbel ist ab September Freiwillige in einem Kindergarten der Stiftung Betania in Alta, im Norden Norwegens.

**Freiwillige ein Jahr begleiten,
Engagement ermöglichen
Jetzt eine Patenschaft übernehmen!**
www.asf-ev.de/freiwilligenpatenschaften



Ein Leben zwischen Stacheldraht

Sophie Wozniak

Griechenland. Land der Sonne und des Meeres. Doch für viele Menschen bedeutet dieses Meer nicht Urlaub, sondern ein Kampf ums Überleben. Am Mittelmeer und an der EU-Außengrenze gelegen, fährt dieses Land einen besonders harten Kurs in der Asylpolitik. Griechenland wird immer wieder lautstark zur Einhaltung der Menschenrechte aufgefordert. Was erlebe ich in diesem Land mit den Geflüchteten?

Ich wollte diese Menschen kennenlernen. Hinter jedem »Asylsuchenden« steckt ein Mensch mit Namen, Familie und Geschichte, deshalb habe ich mich für ein Auslandsjahr in diesem Feld entschieden. Hier arbeite ich mit Kindern und Frauen aus dem Flüchtlingslager. Es ist gut 14 Kilometer von der Großstadt Thessaloniki im Norden Griechenlands entfernt, unweit des Vorortes Diavata. Das Camp existiert seit 2016 und ist heute das Registrierungscamp für Nordgriechenland. Nichts als alte Industrieanlagen und Ruinen von Häusern umgeben das Camp. Erst war es umschlossen von einem Stacheldrahtzaun, später wurde eine meterhohe Mauer gebaut, die an ein Gefängnis erinnert. Am Eingang ein Block mit Security. Rund um die Uhr gibt es diese Security, die genau kontrolliert, wer in das Camp kommt und wer von dort geht. Im Camp darf kein Besuch empfangen werden. Die Frauen erzählen uns, wie beengt die Wohnsituation in den Containern ist. Meist müssen sich zwei Familien einen Container teilen. Häufig gibt es hygienische Probleme wie Kakerlaken. Im besten Fall gibt es einen Kühlschrank und einen Ofen. Das alles bietet nicht viel zum Leben. Alle Asylbewerber*innen in Griechenland müssen seit 2022 in solchen Camps leben. Ein Programm mit Wohnungen in der Stadt wurde damals von der Regierung beendet.

Die Menschen hier haben immerhin den Vorteil, nah an einer Großstadt zu leben. Andere Camps in Nordgriechenland sind viel schlechter an Infrastruktur angeschlossen. Doch auch hier fahren nur selten Busse in die Stadt. Ein anderer Weg zum Vorort Diavata führt zu Fuß entlang der Schnellstraße, an der es jedoch keinen richtigen Bürgersteig gibt. Die Menschen haben dadurch nur eingeschränkten Zugang zu Läden oder sozialen Einrichtungen. Die medizinische Versorgung im Camp ist völlig unzureichend und das staatliche Gesundheitszentrum mit wenig Personal ist nur stundenweise geöffnet. Die Menschen bekommen dreimal täglich Essen geliefert, wobei alle

die gleiche Menge erhalten. Auf den besonderen Bedarf von Kindern oder bei Erkrankungen wie beispielsweise Diabetes wird nicht eingegangen. Weitere Unterstützung durch NGOs gibt es nur vereinzelt im Stadtzentrum. So sind wir in der CASA BASE die erste Anlaufstelle für viele Betroffene.

Direkt neben dem Camp gibt es diesen Safe Space für Frauen und Kinder des Camps: CASA BASE von der NGO Naomi – Ökumenische Werkstatt für Geflüchtete. Hier können die Frauen ein wenig dem Alltag des Camps entkommen und sich Kleidung aus Spenden aussuchen sowie – wenn vorhanden – Hygieneprodukte. Es gibt auch eine kleine Küche zum Kochen und Backen.

Hier arbeite ich nun für ein Jahr gemeinsam mit einer Hauptamtlichen und mehreren Freiwilligen. Jeden Tag merke ich, wie wichtig dieser Ort für die Frauen und Kinder ist. Für eine gewisse Zeit können sie hier ihren Alltag vergessen, umgeben von Menschen, die Ihnen zuhören. Den männlichen Campbewohnern fehlt so ein Ort in der Nähe des Camps. Immer wieder erleben wir hilflose Männer, die bei uns um Kleidung und generelle Unterstützung bitten.

Die meisten Menschen kommen aus der Türkei nach Griechenland, einige durchqueren dafür den Grenzfluss Evros/Mariza. Aufgrund fehlender Aufnahmekapazitäten werden Menschen auch direkt von den Inseln nach Athen und dann mit dem Bus nach Thessaloniki geschickt, um hier registriert zu werden. Sie kommen dann häufig ohne richtige Kleidung und Schuhe an. Immer wieder kommen Menschen zu uns, die auf ihre Aufnahme in das Camp warten und verzweifelt sind, weil sie bis dahin keinen Anspruch auf Versorgung und Unterkunft haben. Bei diesem ersten Aufnahmetermin werden im Camp generelle Informationen wie der Name, das Herkunftsland und das Alter sowie die medizinische Verfassung geklärt. Vor diesem Termin sind die Geflüchteten praktisch ungeschützt. Nach ihrem ersten Gespräch sind sie allerdings noch nicht vollständig registriert. Bis dahin dürfen sie das Camp nicht verlassen. Dieses Ausgangsverbot gilt für maximal 25 Tage. Nach dem Gespräch erhalten die Menschen eine Asylum Seeker Card, mit der sie Anspruch auf einen monatlichen Geldbetrag haben sowie Zugang zur griechischen Krankenversicherung. Sie sind

nun offiziell Asylsuchende. Darauf folgt ein zweites Interview. Dabei müssen die Asylsuchenden genau beschreiben, weshalb sie nicht in ihrem Herkunftsland bleiben konnten, wie und mit wem sie geflohen sind. Fällt das Interview positiv für die Asylsuchenden aus, erhalten sie ihre Aufenthaltserlaubnis und können Reisedokumente beantragen. Sie müssen nun das Camp verlassen und haben keinen Anspruch mehr auf finanzielle Unterstützung sowie die Essensausgabe.

Fällt das Interview negativ aus, erhalten die Personen keinen Flüchtlingsstatus. Sie versuchen dann oft, mit neuen Dokumenten abermals einen Antrag zu stellen. Eine größere Chance haben sie, wenn sich die politische Situation im Heimatland verändert oder sie neue Dokumente vorweisen können. Das Verfahren unterscheidet sich von Fluchtgeschichte zu Fluchtgeschichte sehr.

Das beschriebene Camp ist ein Transitcamp, die Menschen werden meist schnell registriert und dann in andere Lager geschickt. Auch wir erleben in CASA BASE immer wieder, wie sich Menschen traurig von unserer Gemeinschaft verabschieden müssen, ohne zu wissen, wohin sie als nächstes kommen. Von einem Tag auf den anderen werden die Menschen in Busse gesteckt und in ein anderes Camp gebracht. Auch die Kinder, die schon in die örtlichen griechischen Schulen gegangen sind, müssen sich im neuen Camp an andere Schulen gewöhnen. Durchschnittlich 200 Personen bleiben das ganze Verfahren über im Camp, da vulnerable Familienmitglieder auf medizinische Einrichtungen in der Stadt angewiesen sind.

Es gibt Fälle, bei denen das Verfahren länger als fünf Jahre dauern kann. Der Prozess bis hin zum Erhalten eines Ausweises kann ermüdend lange anhalten. Man weiß nie genau, ob die Menschen ihr Ziel erreichen oder was sie in anderen Ländern erwartet. In CASA BASE haben wir eine Familie kennengelernt, die von Deutschland wieder nach Griechenland abgeschoben wurde. Auch zwei junge Frauen aus Finnland wurden getrennt von ihrer Familie zurückgeschickt, da sie im Gegensatz zu ihrer Mutter und ihrem minderjährigen Geschwisterkind nicht als vulnerabel eingestuft wurden. Dass Familien einfach so getrennt werden, finde ich unmenschlich.

Viele Menschen hier wollen etwas Sicherheit und Unabhängigkeit und suchen nach Arbeit. Doch ohne Sprachkurse bleiben für sie oft nur einfache Jobs wie Putz- und Abwascharbeiten oder Arbeit in der Landwirtschaft übrig. Hier im Norden Griechenlands sind das oft Baumwoll-, Tabak- und Obstplantagen. Meist sind die Arbeitsbedingungen prekär und illegal.

Griechenland gerät immer mehr unter Druck in der Auseinandersetzung um den Umgang mit den Flüchtlingen. Vieles hat sich verändert in den zehn Jahren, in denen das Camp nun schon existiert. Das Camp hat eine Kapazität für circa 1.000 Menschen. Zwischen 2016 und 2021 war es fast immer überfüllt mit bis zu 2.500 Menschen.¹ In der Zeit um 2016 wurden viele Flüchtlingscamps eingerichtet. Damals regierte Präsident Tsipras von der linksgerichteten Partei Syriza. Mittlerweile verfolgt der heutige Minister für Flüchtlinge und Migration Plevis der Nea Dimokratia einen rechtsgerichteteren Kurs. Im Juli 2025 entschied das Parlament, die Registrierung von Asylsuchenden aus Libyen für drei Monate zu stoppen.² Im Mittelmeer müssen immer wieder Rettungsorganisationen die Rettung Schiffbrüchiger übernehmen, während die libysche und griechische Küstenwache vielfach Übergriffe auf die Boote mit Geflüchteten dokumentieren. Im August wurde sogar ein Rettungsschiff mit Schüssen bedroht.³

Die EU fördert die libysche Küstenwache sogar, die auf menschenverachtende Weise Menschen den Weg nach Europa versperrt. Der Druck auf NGOs ist groß. Von den einmal fünfzehn Schutzräumen betreibt die Organisation ARSIS heute nur noch drei im Großraum Thessaloniki. Auch NGOs aus anderen Ländern arbeiten nun nicht mehr in der Region. Trotzdem wird man die Menschen nie einfach ignorieren können.

Zusammen mit den anderen Freiwilligen freue ich mich, einen Raum zu schaffen, in dem Asylsuchende und insbesondere geflüchtete Frauen in dieser sehr schwierigen Situation, gesehen, gehört und ermutigt werden.

Mehr Informationen über www.naomi.gr

Sophie Wozniak leistet seit September 2025 ihren ASF-Freiwilligendienst im Rahmen des *Internationalen Jugendfreiwilligendienst* (IJFD) mit einer Förderung der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens bei der NGO Naomi in Thessaloniki, Griechenland.

- 1 100 sources (2021): Slogans on the wall of the Diavata refugee camp; 100sources.gr/en/entry/slogans-on-the-wall-of-the-diavata-refugee-camp/ [Abruf 10.04.2026].
- 2 Pro Asyl (01.08.2025): Rechtsbruch statt Schutz: Griechenland nutzt veränderte Fluchtroute, um Asylrecht auszusetzen; www.proasyl.de/news/rechtsbruch-statt-schutz-griechenland-nutzt-veraenderte-fluchtroute-um-asylrecht-auszusetzen/ [Abruf 10.04.2026].
- 3 Cavallari, Max (25.08.2025): SOS Mediterranee Ocean Viking unter Beschuss; www.sosmediterranee.de/aktuelles/ocean-viking-unter-beschuss [Abruf 10.04.2026].



Anna aus Laatzten unterstützt ab September Kinder und Frauen aus einem Flüchtlingscamp mit der NGO Naomi in Diavata bei Thessaloniki.

**Freiwillige ein Jahr begleiten,
Engagement ermöglichen
Jetzt eine Patenschaft übernehmen!**
www.asf-ev.de/freiwilligenpatenschaften



Der Aufstieg der extremen Rechten und die Pluralität der Jugend in Frankreich

Ludovic Fresse

Seit mehreren Jahren verzeichnet der Rassemblement National (RN, ehemals Front National), die wichtigste rechtsextreme Partei Frankreichs, einen stetigen Aufschwung. Diese Entwicklung wird durch die anhaltende politische Krise weiter verstärkt: Seit den Parlamentswahlen 2022 gibt es in der Nationalversammlung keine klaren Mehrheitsverhältnisse mehr – eine Situation, die sich durch ihre Auflösung und Neuwahlen im Jahr 2024 noch verschärft hat. Zwar ist dieser Aufschwung von rechtsaußen in einen europäischen und globalen Kontext eingebettet, der nationalpopulistischen Bewegungen generell Auftrieb verleiht, doch weist er zugleich spezifische französische Besonderheiten auf.

Der Aufstieg des RN zeigt sich sowohl in seinem wachsenden kulturellen Einfluss als auch in immer besseren Wahlergebnissen – und das unabhängig von der Art der Wahl. Sein Einfluss lässt sich unter anderem an der Unterstützung durch bestimmte private Medienkonzerne messen, ebenso wie daran, dass seine Themen und Begriffe zunehmend von etablierten Parteien übernommen werden. Die Verbreitung seiner Ideen unter der Parteienkonkurrenz schwächt den RN keineswegs; vielmehr rückt das die Partei immer stärker in den Mittelpunkt des politischen Geschehens. Vor diesem Hintergrund erscheint ein Machtantritt im Jahr 2027 – im Zuge der Präsidentschafts- und anschließenden Parlamentswahlen – derzeit nicht nur möglich, sondern durchaus wahrscheinlich.

Die rechtlichen Schwierigkeiten der langjährigen Parteivorsitzenden Marine Le Pen, der die Veruntreuung europäischer Gelder vorgeworfen wird, bedrohen ihre Kandidatur bei den kommenden Präsidentschaftswahlen. Gleichwohl werden auch ihrem potenziellen Nachfolger Jordan Bardella ähnlich hohe Wahlergebnisse prognostiziert.

Wahrnehmung der extremen Rechten in der Bevölkerung

Ein Vergleich der Präsidentschaftswahlen von 2002 und 2022 verdeutlicht, wie sehr sich die politische Lage Frankreichs innerhalb von zwanzig Jahren verändert hat. Im Jahr 2002 er-

reichte der rechtsextreme Kandidat Jean-Marie Le Pen überraschend die zweite Wahlrunde. Dieses Ergebnis löste landesweite Massenproteste aus, bei denen vor allem junge Menschen an vorderster Front standen. Der Gegenkandidat Jacques Chirac gewann die Stichwahl schließlich mit mehr als 82 Prozent der Stimmen deutlich.

Zwanzig Jahre später, im Jahr 2022, qualifizierte sich seine Tochter Marine Le Pen, Kandidatin des Rassemblement National, erneut für die Stichwahl – bereits zum zweiten Mal nach 2017. Die öffentlichen Reaktionen fielen jedoch deutlich verhaltener aus. Zwar wurde sie von ihrem Konkurrenten Emmanuel Macron besiegt, doch erreichte er nur noch 58,55 Prozent der Stimmen. Was ist in der Zwischenzeit geschehen?

Unter der Führung von Marine Le Pen verfolgte der RN eine Strategie der Banalisierung und Normalisierung. Die neue Generation von Parteiverantwortlichen wird nicht mehr unmittelbar mit der extremen Rechten, die unter der NS-Besatzung kollaborierte oder im Algerienkrieg teils terroristisch agierte, in Verbindung gebracht, wie es bei Jean-Marie Le Pen der Fall war. Die Abgeordneten der Partei sind angehalten, Seriosität und Professionalität zu demonstrieren. Der derzeitige Parteivorsitzende Jordan Bardella (Jahrgang 1995) bemüht sich zudem, ein breites Spektrum an Wählergruppen anzusprechen – von Firmenchefs bis hin zu jungen Nutzer*innen sozialer Medien wie TikTok.

Dieser Imagewandel bedeutet keineswegs einen radikalen Ideologiewechsel – der Rassemblement National ist nach wie vor eine populistische, fremdenfeindliche und euroskeptische Partei. Gleichwohl könnte er in Verbindung mit der Abschwächung bestimmter programmatischer Forderungen – etwa dem Verzicht auf einen Austritt aus dem Euro – ausreichen, um den RN für einen wachsenden Teil der französischen Wählerschaft gesellschaftlich akzeptabel erscheinen zu lassen.

Für die politischen Gegner *innen des RN stellt dies eine erhebliche Herausforderung dar. Historische Verweise auf die Geschichte des 20. Jahrhunderts funktionieren immer weniger. Warnungen vor Faschismus oder vor einer Rückkehr in die

1930er- oder 1940er-Jahre zeigen keine Wirkung mehr auf eine neue Generation von Wähler*innen, für die die Vergangenheit weit entfernt scheint und die keine unmittelbaren Parallelen zwischen heutigen, rhetorisch gemäßigt auftretenden Politiker*innen und faschistischen Chargen erkennen.

An die Stelle einer moralischen Haltung muss daher eine sachlich-politische Auseinandersetzung treten, bei der es darum geht, die Argumente des RN Punkt für Punkt zu widerlegen sowie die Widersprüche und die mangelnde Problemlösungskompetenz seines Programms offenzulegen. Diese Auseinandersetzung muss jedoch in einem angemessenen Rahmen durchgeführt werden.

Auswirkungen auf die Jugendarbeit

Die *éducation citoyenne*, wie sie in Frankreich im Rahmen der formalen und non-formalen Bildung praktiziert wird, basiert auf einer anderen historischen Entwicklung und anderen Praktiken als die politische Bildung in Deutschland. Dennoch steht sie heute vor ähnlichen Herausforderungen: Sie muss sich klar von Propaganda und Indoktrination abgrenzen und zugleich demokratische Werte verteidigen, die durch den Aufstieg der extremen Rechten bedroht sind. Letztlich steht dabei nicht weniger als das Überleben der Demokratie als politischem System auf dem Spiel.

Die Akteur*innen der *éducation citoyenne* müssen berücksichtigen, dass »die Jugend« keine homogene Gruppe ist – um mit dem Soziologen Pierre Bourdieu zu sprechen: »Jugend ist nur ein Wort.« Ein Teil der 18- bis 24-Jährigen steht den Positionen des Rassemblement National nahe. Bei den letzten nationalen Wahlen im Jahr 2024 stimmten 25 Prozent dieser Altersgruppe für die Liste von Jordan Bardella – das ist jede*r Vierte. Dieses Wahlverhalten lässt sich teilweise durch geografische oder sozioökonomische Faktoren erklären, breitet sich jedoch tendenziell auf immer größere Teile der Gesellschaft und damit auch der jungen Generation aus.

In dieser Situation ist es entscheidend, eine inklusive politische Bildung anzubieten, die sich an alle sozialen Gruppen richtet – statt sich auf die privilegierte, globalisierte Großstadtjugend zu beschränken, die in Projekten zu politischen Themen traditionell überrepräsentiert ist. Diese Inklusivität muss sich sowohl in der Themenwahl als auch in den angewandten

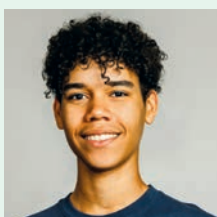
Methoden widerspiegeln. Elitäre Programme, die innerhalb einer soziokulturellen Blase umgesetzt werden und sich nur an bereits Überzeugte richten, sind unzureichend – wenn nicht sogar kontraproduktiv.

Pädagog*innen dürfen nicht aus den Augen verlieren, dass der Aufstieg der extremen Rechten – und die damit verbundene Schwächung der Demokratie – in erster Linie auf einen Verlust an sozialem Zusammenhalt zurückzuführen ist. Er speist sich aus dem Gegensatz zwischen Gruppen, die sich aus identitären Gründen voneinander abgrenzen. Daher ist es notwendig, kritisches Denken zu fördern – allerdings in einem offenen und sozial gemischten Rahmen. Schulen und Vereine wie *Rue de la Mémoire* leisten hierzu im Rahmen von Workshops, Seminaren und Jugendbegegnungen mit unterschiedlichen Zielgruppen einen Beitrag. Diese Arbeit ist langwierig, methodisch anspruchsvoll und bisweilen frustrierend, nichtsdestoweniger ist sie unverzichtbar.

Ein Beispiel im internationalen Kontext ist das Projekt »Invisible Borders«, das 2025 mit einem Treffen im Centre International Albert Schweitzer in Niederbronn-les-Bains begann. In diesem Projekt setzen sich Jugendliche aus ländlichen oder wirtschaftlich benachteiligten Regionen Frankreichs, Deutschlands und Bosnien-Herzegowinas mit den Ideen der extremen Rechten unter dem Gesichtspunkt der Grenzen auseinander: Inwiefern sind Grenzen notwendig? Wo sind sie Hindernisse? Was sind meine eigenen Grenzen als Mensch, was verbindet uns?

Abschließend lässt sich sagen: Vielleicht reichen Bildungsprojekte nicht aus, um den Aufstieg der extremen Rechten in Frankreich zu verhindern, aber alle müssen je im eigenen Verantwortungsbereich handeln und einen Beitrag leisten. Das Beispiel von Ländern wie die Vereinigten Staaten, wo eine Polarisierung der politischen Debatte letztlich einem autoritären und populistischen Kandidaten den Weg an die Macht ebnete, sollte uns zur Wachsamkeit mahnen.

Ludovic Fresse ist Koordinator des Vereins *Rue de la Mémoire* und aktiv in der politischen Bildung. 2012–2013 war er ASF-Landesbeauftragter in Frankreich. Mehr über *Rue de la Mémoire*: www.ruedelamemoire.eu



Fabrice aus Berlin begleitet ab September die Bewohner*innen eines jüdischen Pflegeheims und engagiert sich im deutsch-französischen Kulturzentrum in Nizza.

Freiwillige ein Jahr begleiten,
Engagement ermöglichen

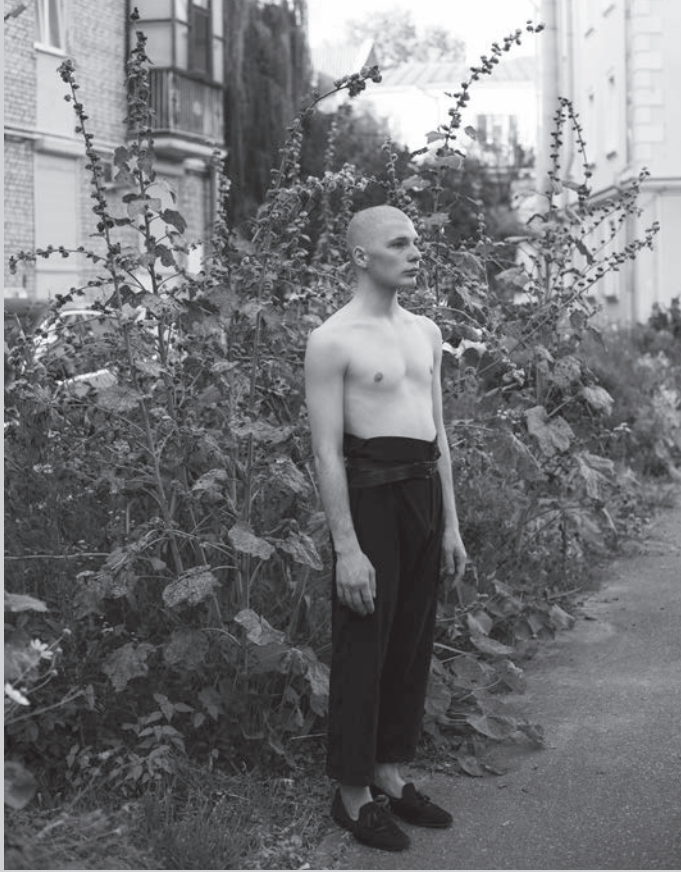
Jetzt eine Patenschaft übernehmen!

www.asf-ev.de/freiwilligenpatenschaften



While I was waiting Belarus





Auf gewisse Weise ist es liberaler geworden: du kannst frei herumlaufen, Bücher lesen, Musik hören. Aber du darfst nicht politisch werden, die Regierung kritisieren. Das ist in der Öffentlichkeit gefährlich. Am Küchentisch magst du was sagen, aber auf die Straßen gehen ist sehr gefährlich.

Yana



Auf-merken unter Druck

Karoline Ritter

Der Schlüssel findet das Schloss nicht mit nervöser Hand. Die Finger zittern, die Gedanken rasen. Die Tür geht einfach nicht auf. Unter Stress passieren ungeahnte Fehler. Was eben noch selbstverständlich schien, wird kompliziert. Eine Ahnung, dass es bereits zu spät sein könnte, kann jeden Mut zunichtemachen. Unter Druck verlässt uns die Intuition für den nächsten guten, naheliegenden Schritt.

»Demokratien unter Druck« – das ist mehr als eine politische Diagnose. Es ist eine seelische Erfahrung. Wenn Institutionen erodieren, wenn Sprache verroht, wenn Gewaltfantasien wieder sagbar werden, steigt der Druck auch in uns. Wir spüren die Enge. Die Ohnmacht. Die Versuchung, hektisch zu reagieren – oder uns ganz zurückzuziehen.

»Aber no pressure« – dieser beiläufige Anglizismus, der in den deutschen Sprachgebrauch Eingang gefunden hat, verrät viel. Ich frage dich etwas, ich bitte dich um etwas – aber ohne Druck, du kannst jederzeit nein sagen. Immer schon ist eingerechnet, dass das Gegenüber überfordert ist. Dass wir in einem Druckkessel leben, aus dem man am liebsten ausbrechen würde.

Demokratien geraten nicht nur durch offene Angriffe unter Druck, sondern auch durch schleichende Unterwanderung. Durch die strategische Zerstörung von Vertrauen. Durch einen ausdauernden Hegemonie- und Gewaltwillen, der

lange unterschätzt wurde. Faschistische Demagog*innen arbeiten geduldig. Sie testen Grenzen, normalisieren das Unsagbare, verschieben Koordinaten.

Der Frankfurter Soziologe Ferdinand Sutterlüty hat für sein Buch »Widerstehen« (2025) mit Menschen gesprochen, die »Versuche eines richtigen Lebens im falschen« unternehmen. Der Untertitel erinnert bewusst an Theodor W. Adorno. Sutterlüty's Gesprächspartner*innen setzen sich unter Hochdruck gegen den Klimawandel ein, für fairere Bezahlung von ausländischen Putzkräften in Hotels und Pflegeheimen, für Schüler*innen, die drohen abzurutschen. Sie riskieren politische Repression, retten Menschen aus dem Mittelmeer. Ihr Engagement widmet sich Problemen, die in absehbarer Zeit nicht zu lösen sind. Es ist alltäglich, kontinuierlich und manchmal sind sie schon seit Jahrzehnten aktiv. In den Interviews findet sich kein heroischer Gestus. Eher eine stille Konsequenz. Sie beginnt mit dem Naheliegenden. Sie sieht den konkreten Menschen vor sich. Sie tut, was jetzt richtig ist.

Vor vielen Jahrzehnten hätte Sutterlüty auch die Philosophin und Aktivistin Simone Weil interviewen können. In den 1930er-Jahren arbeitete sie freiwillig in französischen Fabriken der Schwerindustrie. Sie wollte verstehen, wie Unterdrückung funktioniert – nicht abstrakt, sondern am eigenen Leib. Ihre frühen politischen Schriften, entstanden zwischen Maschinenlärm und Erschöpfung, sind

durchzogen von spirituellen Gedanken. Für Weil war Aufmerksamkeit – das wache, geduldige Auf-merken – eine Form des Widerstands. Unter Bedingungen, die Seele und Körper gegenüber feindlich sind, kann der Mensch dennoch seinen Willen bewahren, indem er klar sieht. Indem er nicht in bloße Reaktion verfällt. Indem er die Wirklichkeit ungeschönt wahrnimmt – und gerade darin Freiheit gewinnt. Dieses Auf-merken ist kein Aktivismus im Dauerlauf. Es ist eine innere Sammlung. Ein Innehalten, das den richtigen Anfang ermöglicht.

Demokratien unter Druck brauchen beides: entschlossenes Handeln und wache Aufmerksamkeit. Wenn wir nur hektisch agieren, verlieren wir die Orientierung. Wenn wir nur analysieren, ohne zu handeln, verfehlen wir den Moment. Und vielleicht heißt Vertrauen auf Gott in diesem Zusammenhang nicht, auf ein Wunder zu warten. Sondern Gott in dem Guten zu erkennen, das trotz allem da ist: in der Solidarität, im Mut Einzelner, in der Klarheit eines Gedankens. In der Kraft, die uns zufließt, wenn wir aufmerksam bleiben. Die Kunst besteht darin, trotz Druck klar zu sehen. Die Tür ruhig anzuschauen. Den Schlüssel neu anzusetzen.

Karoline Ritter ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Praktische Theologie an der Universität Greifswald und Mitglied in der ASF-Arbeitsgemeinschaft Theologie.



Ein Jahr engagiert ins Ausland? Ein Freiwilligendienst #mitASF!

Jetzt bewerben für ein internationales Freiwilligenjahr,
das ab September 2026 oder 2027 beginnt.

Alle Informationen und Online-Bewerbung:
www.asf-ev.de/freiwilligendienst

Wir beraten dich auch gerne persönlich:



infobuero@asf-ev.de

+49 30 28 395-184

Noch offene
Stellen ab
September
2026!

Stipendien für ASF-Freiwilligendienste: Bethel und Stephanus fördern soziales Engagement und gelebte Inklusion



Die Freiwillige Sophie engagierte sich mit De Regenboog in einem Tageszentrum für Geflüchtete und Suchtkranke in Amsterdam.

Die von Bodelschwingschen Stiftungen Bethel und die Stephanus-Stiftung unterstützen die Arbeit von ASF mit Stipendien für Freiwilligendienste. So ermöglichen sie jungen Menschen, sich für Teilhabe, Solidarität und eine Erinnerung einzusetzen. Beide Stiftungen knüpfen dabei an ihre diakonischen Aufträge an: Sie stärken Menschen, die in unserer Gesellschaft besonders verletztlich sind – und fördern zugleich Freiwillige, die konkret Verantwortung für jene Menschen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt übernehmen.

Die Stipendien setzen bewusst dort an, wo gesellschaftliche Ausgrenzung bis heute fortwirkt. ASF-Freiwillige begleiten Überlebende der NS-Verfolgung, engagieren sich in Gedenkstätten und unter-

stützen unter anderem Geflüchtete, Suchtkranke, obdachlose Menschen oder Menschen mit Behinderung. Gerade diese Gruppen waren im Nationalsozialismus massiver Verfolgung ausgesetzt – und sind auch heute wieder verstärkt Anfeindungen und rechtsextremer Gewalt ausgesetzt. Zugleich finden die NS-Morde an Menschen mit Behinderung sowie die Verfolgung als »asozial« stigmatisierter Menschen bis heute relativ wenig Anerkennung; in vielen Familien ist die Geschichte noch immer kaum bekannt. ASF arbeitet seit langem mit marginalisierten Verfolgtengruppen zusammen, auch in digitalen Salons und Bildungsprogrammen zu eugenischen Diskursen und zur späten Erinnerung an als »asozial« Verfolgte.

Die Begegnungen, die Freiwillige in Lebensgemeinschaften, inklusiven Schulen oder in Begegnungscafés machen, prägen sie oft ein Leben lang – fachlich wie persönlich. Die Freiwillige Amelie, die mit gehörlosen Menschen in Norwegen arbeitete: »Erst hier habe ich erkannt, dass interkulturelle Teilhabe in einer Gesellschaft auf vielen Ebenen stattfindet. Die taube Community mit ihrer eigenen Sprache, Kultur und ihren Herausforderungen zeigt, wie vielfältig und gleichzeitig getrennt unser Zusammenleben sein kann. Inklusion bedeutet für mich auch, Brücken zwischen diesen parallelen Lebenswelten zu bauen.«

Freiwillige, die Menschen besonders intensiv unterstützen, beschreiben, wie sehr sie daran wachsen. Anna, die einen Klienten in einer Arche bei Amsterdam eins zu eins begleitete, sagt: »An der Arbeit finde ich so schön, dass Joey klar zeigt, ob ihm etwas gefällt oder nicht. Sein Lachen macht einen glücklich. Wir sind auch durch schwierige Momente gegangen, in denen ich gelernt habe, Grenzen zu setzen und mich selbst zu respektieren – und dass gerade schwierige Situationen einen auch zusammenschweißen können. Wo ich anfangs Joey mit der Mehrfachbehinderung gesehen habe, sehe ich jetzt einfach Joey.«

Die Freiwilligendienste von ASF werden in Deutschland durch zahlreiche Partner*innen und Fördernde getragen. Die Stephanus-Stiftung und die von Bodelschwingschen Stiftungen Bethel fördern die Programme jeweils mit Stipendien – und unterstreichen damit, warum sie die Arbeit von ASF als gesellschaft-

lich relevant ansehen. Bethel bringt dabei sein Verständnis von Inklusion und Teilhabe ein: »Gesund oder krank, mit Behinderungen oder ohne – in Bethel sind wir überzeugt, dass alle Menschen zusammen leben, lernen und arbeiten können – so verschieden sie auch sind.« Die Pastorin Andrea Wagner-Pinggéra ist Mitglied im Bethel-Vorstand und berät ASF im Kuratorium.

Pfarrerin Dr. Ellen Ueberschär, Vorstandsvorsitzende der Stephanus-Stiftung, erlebte als junge Teilnehmerin von Sommerlagern in der DDR selbst, wie es in gemeinsamen Freizeiten von Menschen mit und ohne Behinderung »ein selbstverständliches Miteinander gab – das war gelebte Inklusion, auch wenn es damals noch nicht so hieß.« Die Stephanus-Stiftung unterstützt das Engagement von ASF-Freiwilligen auch deshalb, weil

das Freiwilligenjahr nachhaltig wirkt: »Denn die Erfahrungen in einem solchen Jahr prägen ein Leben lang.«

Beide Stiftungen verbinden ihre Förderung mit einer klaren gesellschaftlichen Haltung: Die Abwertung von Menschen, die als »anders« markiert werden, reicht historisch weit zurück und zeigt Kontinuitäten bis in die Gegenwart – wenn etwa obdachlose Menschen vermehrt angegriffen werden oder Unterstützungsleistungen für Menschen mit Behinderung in Frage gestellt werden. In Krisenzeiten trifft wirtschaftlicher und sozialer Druck besonders schnell diejenigen, die ohnehin weniger Schutz und Stimme haben. Ellen Ueberschär betont: »Für uns stehen die Teilhabe und mit ihr die Erfahrung von Freiheit für unsere Klient*innen in dieser Gesellschaft im Zentrum. Wie können vulnerable Menschen ein freiheit-

liches Leben führen? Daraus erwächst die politische Bedeutung unserer sozialen Arbeit.«

Kurzinfo

Über die Fördernden: Die von Bodelschwinghschen Stiftungen Bethel und die Stephanus-Stiftung sind diakonische Träger, die sich für Teilhabe, Inklusion und Unterstützung von Menschen in herausfordernden Lebenslagen einsetzen. Mit Stipendien fördern sie Freiwilligendienste von ASF und stärken damit nachhaltiges Engagement gegen Ausgrenzung.

Pressekontakt

Matteo Schürenberg,
Öffentlichkeitsarbeit ASF

TERMINE

9. MAI 2026 | Paul Gerhardt Stift Berlin **Demokratien unter Druck – entschieden gegen den Rechtsruck**

ASF-Jahrestagung mit Sebastian Krumbiegel, Anastasia Tikhomirova, maximal.demokratisch u. v. m.

10. MAI 2026 | 9:30 UHR | Paul Gerhardt Stift Berlin **ASF-Mitgliederversammlung**

13.–16. MAI 2026 | Würzburg |
Kirchenmeile Stand MW-Q-14

Katholikentag: Hab Mut, steh auf!

Podien und Infostand mit BAG K+R

17. JUNI 2026 | 18 UHR | Digitaler ASF-Salon **Türkischer Rechtsextremismus in Deutschland**

Gespräch mit Özge Erdoğan (Fachstelle Türkischer Rechtsextremismus) über die Ideologie, rechtsextremer Gruppierungen und Auswirkungen für Betroffene

26. JUNI 2026 | 15 UHR | ASF auf Erkundung Puchanstraße 12, 12555 Berlin-Köpenick **Gedenkstätte Köpenicker Blutwoche**

Führung durch die Ausstellung in den historischen Räumen des ehemaligen Amtsgerichtsgefängnisses
Anmeldung: www.asf-ev.de

31. JULI–2. AUGUST 2026 | 14770 Saint-Jean-le-Blanc, Frankreich

»50 ans Volontaires au Bocage«

Jubiläumsfest des Dorfes mit ehemaligen ASF-Freiwilligen.
Anmeldung über: A. Ueppping: ueppping@asf-ev.de

6. SEPTEMBER 2026 | Berlin/Brandenburg **Entsendegottesdienste 2026**

Verabschiedung der neuen Freiwilligen in verschiedenen Kirchengemeinden

30. SEPTEMBER 2026 | 18 UHR | Digitaler ASF-Salon **Eugenische Phantasmen**

Vortrag und Gespräch mit Dagmar Herzog, Historikerin an der City University of New York und Marie Hecke, Pfarrerin und Mitglied des ASF-Vorstandes





22.–25. OKTOBER | Leipzig **ASF-Studienreise nach Leipzig**

200 Jahre Leipziger Geschichte: Eine Studienreise zur Geschichte und Kultur Leipzigs in den letzten zwei Jahrhunderten. Anmeldung: thomas.lutz@asf-ev.de.

24.–27. NOVEMBER 2026 | Paris (Save the date) **ASF-Studienreise nach Paris**

Krisenpolitik und Rechtsruck: Frankreichs Weg zur Präsidentschaftswahl 2027

Weitere Informationen zu den Terminen unter www.asf-ev.de/termine oder im ASF-Newsletter: www.asf-ev.de/newsletter

 [asf.de](https://www.asf.de) |  [@asf_ev](https://twitter.com/asf_ev) |  [asf-ev](https://www.linkedin.com/company/asf-ev) |  [AktionSuehnezeichen](https://www.youtube.com/channel/UC...)

Ich möchte die Arbeit von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste unterstützen!



Ich werde Mitglied

- Ich möchte Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF) meine Stimme geben und Mitglied werden (Mitgliedsbeitrag: 70 Euro, ermäßigt: 35 Euro).

Bitte senden Sie mir einen Mitgliedsantrag zu:

Aktionscode
ZI26B01

Name:

Adresse:

Mitgliedsantrag auch online unter: asf-ev.de/mitglied-werden

Ich spende

- Bitte ziehen Sie ab dem (Datum) von meinem Konto Euro
 einmalig monatlich vierteljährlich jährlich ein.

Dazu ermächtige ich ASF, die oben genannte Spende von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von ASF auf mein Konto gezogene Lastschrift einzulösen.

Name:

Vorname:

IBAN:

E-Mail-Adresse für Einladungen und weitere Informationen:

Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

.....
Ort, Datum und Unterschrift der*des Kontoinhaber*in

**Bitte an: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V., Auguststraße 80, 10117 Berlin. Fax: +49 30 28 395-135
E-Mail: spende@asf-ev.de**

Bitte beachten: neue Kontoverbindung seit April 2023

Spendenkonto Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.
BIC: BFSWDE33XXX | IBAN: DE72 3702 0500 0003 1137 00 | SozialBank

Hinweis zum Datenschutz: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. verwendet personenbezogene Informationen nur zur Erfüllung ihrer Aufgaben innerhalb der Organisation. Wir geben Personendaten nur an Dritte weiter, sofern dies für ihre Aufgaben erforderlich, gesetzlich vorgeschrieben oder erlaubt ist oder eine Einwilligung vorliegt. Rechtsgrundlage für diese Datenverarbeitungen sind die Abwicklung der Spende gem. Art. 6 Abs. 1 lit. b) DSGVO sowie unser berechtigtes Interesse gem. Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO, unsere Spender*innen über die Verwendung der Spende und unsere Arbeit zu informieren. Weitere Informationen zum Datenschutz finden Sie unter: www.asf-ev.de/datenschutz





Unterstützen Sie junge Freiwillige mit Ihrer Patenschaft!

Ein Jahr Freiwillige begleiten – ein Jahr Engagement möglich machen

Alle Informationen und die neuen Freiwilligen im Portrait:
www.asf-ev.de/patenschaft

Tel. +49 30 28 395-208 | Mail: infobuero@asf-ev.de